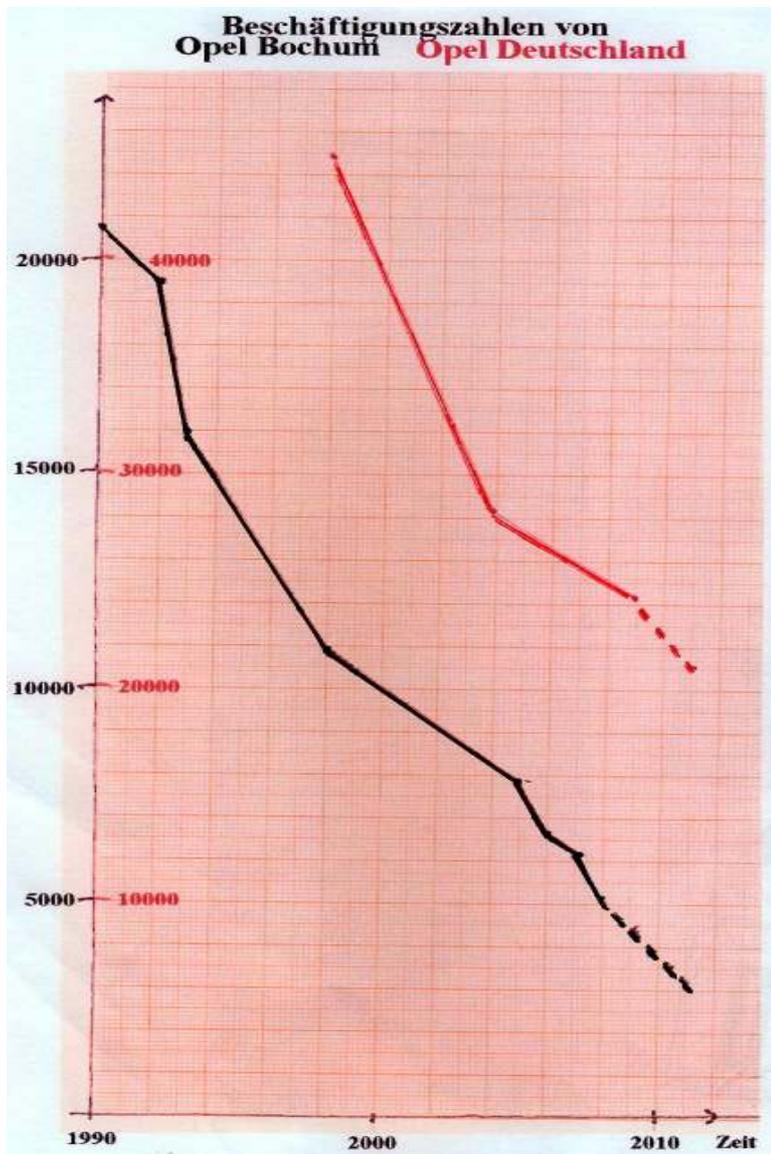


ROTER STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
44. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.2/2010 1,-- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org

Das Ergebnis von 20 Jahren “Verzicht zur Rettung des Standorts”



Inhalt:

Kahlschlag bei Opel.....	2-3
“Sparpaket” der Regierung.....	4-5
Kommuniqué der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen.....	6-10
Hysterie nach der Juni-Demo in Berlin.....	11-12
Überwachung mal anders herum.....	13
Die DAFG im Visier der Stasi.....	14-17
Katyn - eine anti-sowjetische Fälschung.....	18-23
Janusköpfe der Bourgeoisie.....	24-26
Lug, Betrug und Fälschungen.....	27-31
Sozialdarwinismus.....	32-34
Angebote unseres Vertriebs.....	35
Wer ist die KPD/ML ?.....	36

**VERZICHT BRINGT NICHTS !
KAMPF UM JEDEN ARBEITSPLATZ !**

General Motors:

Und kündigt Ihr nicht freiwillig, so... - Der Kahlschlag bei Opel geht weiter...



“Hasse ma’ nen Euro? Ich hab’ für Verzicht gestimmt.” Protestaktion vor der Belegschaftsversammlung in Bochum

Opel und GM haben die vorerst letzte Hürde in Deutschland erfolgreich genommen: auf der Belegschaftsversammlung in Bochum am 7. Juni wurde das Verzicht-Konzept nicht abgelehnt - die mehr als zweijährige Zermürbetaktik der Firmenleitung und der Betriebsratsvorsitzenden zeigte Wirkung.

Es hat bei Opel bis 1990 mehrfach Neueinstellungen bzw. Entlassungen von Tausenden Kollegen gegeben. Den höchsten Beschäftigtenstand zumindest im Werk Bochum gab es um 1990 mit mehr als 21.000 Kolleginnen und Kollegen - seitdem fand nur noch ein Abbau von Arbeitsplätzen statt, das gilt auch für die anderen drei Standorte in Deutschland (s. Graphik S. 1).

Die von GM vorgelegten und vom Betriebsrat aller 4 Werke akzeptierten Pläne sehen nun eine weitere Vernichtung von 3261 Arbeitsplätzen vor, wovon mehr als die Hälfte, nämlich 1799, auf Bochum entfallen sollen; in Wirklichkeit wird die Zahl jedoch höher sein, denn hierin sind die bei “Partnerbetrieben” verlorengehende Arbeitsplätze nicht enthalten (das könnten in Bochum noch einmal etwa 200 sein). Außerdem müssen die Beschäftigten bis Ende 2014 erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen, haben aber dafür angeblich bis Ende 2014 ihren Arbeitsplatz sicher. So sollen die Beschäftigten auf **tariflich vereinbarte** Einmalzahlungen verzichten, auf **tariflich vereinbarte** Lohnerhöhungen, auf Urlaubsgeld und auf Weihnachtsgeld - das sind für jeden Beschäftigten mehrere Tausend € jährlich! Und obwohl die Vereinbarung erst ab 1. September gültig sein soll, wurde schon im Mai beschlossen, die Hälfte des im Juni fälligen Urlaubsgeldes einzubehalten.

Nach Zustandekommen des Rahmenabkommens mit dem Opel Management am 21. Mai 2010 gingen die “Arbeitnehmervertreter” mit der Behauptung hausieren, betriebsbedingte Kündigungen seien durch dieses Abkommen

ausgeschlossen, und feierten sich als Helden. “Unsere Hauptanliegen bei den Verhandlungen waren die ständig drohenden Werksschließungen von Bochum, Eisenach und Kaiserslautern und betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. Das wurde erreicht,” teilte der Bochumer Betriebsrat in einem Schreiben an die Belegschaft am 25./26. Mai mit. Das war jedoch eine glatte Lüge, denn im *Master Agreement, Teil 1* heißt es ausdrücklich: **“Nach Abschluß der Restrukturierung: Beschäftigungssicherung bis Ende 2014, keine betriebsbedingte Kündigungen.”** (Hervorhebung RS-Red.) Nick Reilly, Vertreter des Managements, formulierte es in einer “persönlichen Botschaft” vom 22. Mai noch eindeutiger: **“Wenn** die notwendige Restrukturierung mit Anpassung bei den Kapazitäten und Job-Einstufungen abgeschlossen ist, werden wir in der Lage sein, betriebsbedingte Kündigungen **für die Gültigkeitsdauer dieser Vereinbarung** zu vermeiden.”

Er war voll des Lobes für die sog. Arbeitnehmervertreter: **“Die gemeinsame Vision** einer erfolgreichen Zukunft und die vor uns liegenden Chancen haben die **Geschäftsführung und Arbeitnehmervertretung geeint...** Ich respektiere die wichtige **Rolle der Gewerkschaften** in diesem Unternehmen in vollem Umfang - **das Unternehmen profitiert davon.**” und voller Spott für die Beschäftigten: **“Am Ende hatten alle Beteiligten immer das Wohl des Unternehmens** zum Ziel. Wir haben nun eine gemeinsame Basis gefunden, um **profitabel wachsen** zu können.” (Hervorhebung RS-Red.). Das schreibt er, während die Belegschaften schrumpfen sollen...

“Alle Zusagen macht das Unternehmen von einer Zustimmung zur Personalkostenreduzierung abhängig”, heißt es im schon zitierten Schreiben des Bochumer Betriebsrates, **“...In Rüsselsheim und Eisenach wurde bereits letzte Woche dem vorläufigen Maßnahmenpaket zugestimmt.** Das gilt auch für die IG Metall in Hessen/Thüringen.” Nicht

erwähnt wird hier, daß nicht die Belegschaft zugestimmt hat, die wurde gar nicht gefragt. "Dem Bochumer Betriebsrat und der IG Metall-NRW wurde vorgeworfen, mit 'überzogenen Forderungen' die Verhandlungen in Deutschland zu erschweren. Es hieß: Wenn Bochum den vorliegenden Einsparungen nicht zustimmt, 'kann Bochum allein verhandeln!' Wir haben uns nicht isolieren lassen." Wir erinnern daran, daß es allein die Bochumer Belegschaft war, die den dortigen Betriebsrat zur Aufstellung angeblich überzogener Forderungen geradezu zwingen mußte (siehe RS 1/2010). Nun ist er wieder vereint mit den übrigen Verzichts-Fanatikern im selben Boot und freut sich, nicht mehr isoliert zu sein - von wem?

Das "Master-Agreement" sieht auch "eine Besserstellung für IG Metall Mitglieder" vor - Kolleginnen und Kollegen sollen also nicht aus Überzeugung, sondern um des persönlichen Vorteils willen in der Gewerkschaft sein, zumindest in der IG Metall. Fängt man mit Speck Mäuse? Doch Vorsicht, so mancher Speck ist vergiftet!

Der Betriebsrat in Bochum verpflichtete sich, bis zum 8. Juni die Belegschaft zu befragen. Dazu wurde für den 7. Juni eine Belegschaftsversammlung in die Kongreßhalle einberufen. Ihr Ergebnis ist auf den ersten Blick enttäuschend, doch ein zweiter Blick ist notwendig. Nach offiziellen Angaben sprachen sich nur etwa 200 Anwesende gegen das Master Agreement und den Verzicht aus, doch die ganze Abstimmung war eigentlich eine Farce.

Die Bochumer Belegschaft wurde wegen ihrer Haltung seit langem von allen Seiten unter Druck gesetzt. Sie wurde als "unsolidarisch" bezeichnet; der Betriebsratsvorsitzende Einkel schürte Angst und Unsolidarität mit der Frage: "Bochumer Produktion nach Antwerpen?" (5.3.2010); es wurde behauptet, GM würde ohne die in Aussicht gestellten Bürgschaft der Bundesregierung die Produktion in Deutschland einstellen, und die Bundesregierung würde die Bürgschaft bei einer Verweigerung der Bochumer Belegschaft nicht gewähren... Die Bundesregierung ihrerseits wollte die Entscheidung über die Bürgschaft in der ersten Juniwoche bekanntgeben, verschob das aber aus "Termingründen" um eine Woche. Wir sind keine Anhänger von Verschwörungstheorien, doch die Frage, ob zwischen dieser Verschiebung und der noch ausstehenden Zustimmung aus Bochum ein Zusammenhang besteht, muß zumindest erlaubt sein!

Wir sind überzeugt: so mancher Opelner in Bochum sah sich vor der Abstimmung in einer Zwickmühle: entweder für einen Verzicht in fünfstelliger €-Höhe zu stimmen oder dagegen zu sein und sich den Zorn der Kollegen der anderen Betriebe wegen möglicher Betriebsschließungen zuziehen. Dieser Konflikt macht manches verständlicher. Derzeit arbeiten bei Opel Bochum noch etwa 5000 Menschen; von ihnen kamen nur gut 2000 zur Betriebsversammlung, d.h. 60 % blieben zuhause; vor der Abstimmung verließen mehrere hundert Beschäftigte die Halle - für uns ist klar: viele von ihnen wollten so dem Abstimmungskonflikt entgehen. Während der Abstimmung waren vielleicht 1500 Beschäftigte anwesend. Zur Entscheidung gestellt wurde die Frage: "Wer ist gegen die Vereinbarung?" Dann machten sich einige Betriebsratshelfer auf und schätzten - durch die Reihen gehend - mehr als sie zählten die hochgehobenen Arme. "Das war ungenauer als Pi mal Daumen," kommentierte ein Opelner. Er und ein anderer Kollege schätzten die erhobenen Arme auf etwa 400, mußten sich aber durch die offiziellen 190 eines An-

deren belehren lassen. Damit war die "Abstimmung" erstaunlicherweise beendet, eine Gegenprobe wurde nicht gemacht, der Betriebsrat vereinnahmte einfach alle, die nicht dagegen gestimmt hatten, als Befürworter...

Wie eingangs erwähnt, die Bochumer Belegschaft war das letzte Hindernis dafür, daß das Unternehmen von der wichtigen Rolle der Gewerkschaft profitieren kann...

In Bochum sollen 1799 Leute dazu gebracht werden, "freiwillig" zu kündigen, etwas mehr als 600 bis zum Dezember dieses Jahres, die restlichen im Verlaufe des nächsten Jahres. Kollegen, zu denen wir Kontakt haben, schätzen, daß etwa 500 Beschäftigte dazu bereit sein könnten. Sollten sich nicht genügend "Freiwillige" finden, so droht für die fehlende Zahl die angeblich ausgeschlossene betriebsbedingte Kündigung. Der Druck auf die Kollegen wird jetzt schon ausgeübt, bei Informationsveranstaltungen wird ihnen z.B. gesagt: "Schaut Euch mal in der Halle um, jeder zweite von Euch muß weg!"

Eine Abfindung soll ihnen das schmackhaft machen. Die Formel, nach der bei Opel Bochum deren Höhe berechnet wird, ist zugegebenermaßen besser als in anderen Betrieben, denn sie bezieht außer der Dauer der Betriebszugehörigkeit auch das Alter mit ein. Die vorgesehene Abfindung soll durchschnittlich 90.000 € betragen, brutto, versteht sich - netto wären das etwa 60.000 €. Das Durchschnittsalter bei Opel Bochum liegt bei 46 Jahren.

Wir sprachen mit einem Kollegen, er ist 53 Jahre alt. "Mit dem Alter kriege ich keinen neuen Job mehr," schätzt er seine Situation ein. Für sich hat er eine Abfindung von 105.000 € ausgerechnet, er liegt also über dem Durchschnitt. "Rente kriege ich frühestens mit 63; mit der Abfindung - netto sind das etwa 70.000 € - muß ich dann zehn Jahre auskommen, das sind 7.000 € im Jahr, also nicht einmal 600 € im Monat - und ich muß nicht nur für mich allein sorgen." Für ihn ist die Sache klar, er wird auf keinen Fall von sich aus kündigen. Außerdem wäre ja dann sein Arbeitsplatz auch weg. Er ist nicht der einzige, der so denkt. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre hat Opel bei vielen Kollegen "verschissen" - es muß nicht Opel sein; sie sind bereit, anders ihren Lebensunterhalt zu verdienen, aber die Möglichkeit dazu wollen sie haben. Forderungen wie "Opel muß bleiben" werden von den Unternehmern nur dazu benutzt, die Belegschaft zum Verzicht zu erpressen. "Wenn Ihr mir diesen Arbeitsplatz nehmt, dann fordere ich einen anderen - und solange ich den nicht habe, fordere ich ein Arbeitslosengeld, das ein Leben und nicht nur ein Überleben möglich macht!"

Die Belegschaft bei Opel Bochum wurde in 20 Jahren von mehr als 21.000 Beschäftigten zusammengestrichen auf derzeit noch etwa 5.000, geplant sind sogar 3.200 "Überlebende". Jeder dieser Abbauschritte wurde begleitet von der Theorie "Verzicht rettet Arbeitsplätze". Die Belegschaft in Bochum wird dann auf ein Siebteil zusammen gestutzt worden sein.

Uns liegen keine genauen Zahlen über den von Opel Bochum erwirtschafteten Neuwert - Kommunisten sprechen da von Mehrwert - vor. Wir gehen einfach mal von der Annahme aus, daß der im Jahr 2010 erwirtschaftete Mehrwert nicht niedriger ist als der im Jahr 1990 geschaffene. Das würde dann bedeuten, daß heute eine Opel-Beschäftigter durch seine Arbeit den siebenfachen Wert für die Unternehmer erschafft - uns ist nicht bekannt, daß sein Lohn auch um das Siebenfache gestiegen sei...

www.kpd-online.info/rmprint/1200

ROTER MORGEN online 3, 2010

“Sparpaket” der Bundesregierung Wir zahlen die Krise - wenn wir uns nicht wehren!

Anfang Juni hat die schwarz-gelbe Bundesregierung “das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland” vorgestellt: Eine Liste von Maßnahmen, mit denen in den kommenden vier Jahren 80 Milliarden Euro des Bundeshaushalts eingespart werden sollen. Den allergrößten Teil der Zeche sollen – dreimal dürfen wir raten - ArbeiterInnen, Angestellte, Hartz-IV-Empfänger, Familien zahlen!

Merkel und Westerwelle wurden bei der Präsentation ihres Katalogs der Grausamkeiten nicht müde, zu betonen, wie “fair” doch das Sparpaket die Lasten der nächsten Jahre auf alle Teile der Bevölkerung verteilen würde. Allein das ist blanker Hohn! Denn wer ist schließlich Verursacher und gleichzeitig Nutznießer der immensen Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland?

Sind es die Millionen Werktätigen, die von nichts als ihrer Hände Arbeit leben und Jahr für Jahr mit immer weniger Geld auskommen müssen - oder ist es das deutsche Finanzkapital, sind es die Banken, die Versicherungen und die Industrie, denen gerade eben noch von derselben Bundesregierung Hunderte von Milliarden Euro in den Rachen geschmissen wurden? Und das wohlgerne ganz kurz bevor es jetzt heißt, die Kassen sind leer und “alle müssen ihren Beitrag leisten”.

Wie Robin Hood - nur umgekehrt

Man muss sich nur die Entwicklung der letzten Jahre anschauen, um zu sehen, wem immer größere Teile des Lohns geraubt wurden - sei es durch direkte Kürzung, durch Erhöhung der Mehrwertsteuer, durch Inflation u.v.m. - und wem dieses Geld vom Staat in die prallgefüllten Taschen gestopft wurde – sei es durch die Senkung der Körperschaftssteuer, die Abschaffung der Vermögenssteuer, sei es durch direkte Subventionen usw. Das Spiel, das die diversen Regierungen in den letzten Jahren getrieben haben, ob nun unter Beteiligung der SPD, der Grünen, der CDU/CSU, der FDP – oder auch, zumindest in den Bundesländern Berlin und Brandenburg, der Linkspartei, ist das Spiel von Robin Hood, nur mit umgekehrtem Vorzeichen: Bei den Armen, den Arbeitern, Erwerbslosen, Rentnern und Studenten nimmt man, den Reichen, den Banken und Konzernen, gibt man.

In dieser Tradition und unter diesem Motto steht auch das neu beschlossene Sparpaket, das folgende Grausamkeiten für uns bereithält:

Sozialleistungen

Nach den Worten der Regierung soll dieser Bereich des Haushalts “effizienter” werden. Allein diese Formulierung lässt nichts Gutes vermuten. Grundsätzlich will die Koalition Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umwandeln - beispielsweise bei Eingliederungshilfen für Jobsuchende. Dies soll “den Anreiz zur Annahme einer Arbeit” erhöhen.

Das heißt im Klartext: Der Druck auf Arbeitslose soll weiter erhöht werden, jede noch so miese, noch so erniedrigende Arbeit für noch so wenig Geld anzunehmen. Andernfalls wird beim Arbeitslosengeld gekürzt.

Arbeitslose

Die bisher für zwei Jahre gezahlten Zuschläge beim Übergang vom Arbeitslosengeld I ins Arbeitslosengeld II sollen ersatzlos gestrichen werden. Bisher werden Alleinstehenden im ersten Jahr bis zu 160 Euro monatlich gezahlt, im zweiten bis zu 80 Euro. Für Verheiratete gibt es maximal das Doppelte. Mit der Streichung will der Staat 200 Millionen Euro einsparen.

Hartz-IV-Empfänger

Hartz-IV-Empfängern soll das Elterngeld komplett gestrichen werden. Hierdurch sollen 400 Millionen Euro eingespart werden. Hartz-IV-Empfänger werden künftig auch nicht mehr rentenversichert. Der aus Steuergeldern bezahlte Rentenversicherungsbeitrag für Langzeitarbeitslose (1,8 Milliarden Euro jährlich) soll entfallen.

Arbeitslosenversicherung

Alle staatlichen Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung sollen gestrichen werden. Was das bedeutet, liegt auf der Hand, denn die entstehende Lücke wird wohl kaum durch eine Erhöhung des Arbeit“geber”anteils zur Arbeitslosenversicherung (“Lohnnebenkosten” im Jargon der Kapitalisten) gefüllt werden. Heißt also: Eine Erhöhung des Beitragssatzes über die für 2011 festgelegten drei Prozent – auf Kosten der Löhne! - kündigt sich bereits an. Hier zeigt sich besonders deutlich die Salamtaktik, die von den Regierungen der letzten Jahre in Bezug auf diese (mehr oder weniger) versteckte Lohnsenkung angewandt wurde. Erst wird der Arbeit“geber”anteil eingefroren und die entstehende Lücke durch staatliche Zuschüsse ausgeglichen, also auf Kosten der Steuerzahler, also auf Kosten der arbeitenden Menschen. Jetzt werden die Kosten über kurz oder lang den ArbeiterInnen selbst direkt auferlegt.

Elterngeld

Beim Elterngeld sollen im Jahr 200 Millionen Euro

gestrichen werden.

Heizkostenzuschuss

Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger soll wegfallen. 100 Millionen Euro will die Regierung damit sparen. Sollen wir im Winter halt frieren!

Die "Lasten", welche die Regierung angeblich den Kapitalisten "aufbürden" wird, sind angesichts der Entlastungen für sie, die in den letzten Jahren beschlossen worden sind, ein Tropfen auf den heißen Stein. Ein besonderer Witz ist die sog. "Brennelementesteuer", die sich auf Sondergewinne aus der von der Regierung beschlossenen Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke bezieht. Das heißt: Hier muss lediglich ein gewisser Teil eines Geschenks der Regierung an die Kapitalisten wieder abgeführt werden: Nämlich der Extraprofit, die die Energiekonzerne machen, weil sie ihre teils maroden und gefährlichen Atommeiler länger am Netz behalten dürfen. Da bleibt netto wohl noch genug übrig! Bei der "Finanzmarkttransaktionssteuer" setzt die Bundesregierung anscheinend darauf, dass diese sich international ohnehin niemals durchsetzen wird: Dieses Spiel wird mit verteilten Rollen auf internationaler Ebene seit Jahren gespielt.

Druck auf Arbeitslose wird erhöht

Neben der staatlichen Umverteilung von unten nach oben dient dieser Katalog von Angriffen gegen die Arbeiterklasse noch einem anderen Zweck: Wird die Lebenssituation der Erwerbslosen durch die Angriffe der Regierung noch miserabler gemacht, steigt auch der Druck auf die Arbeiterinnen und Arbeiter, die noch Beschäftigung haben. Die Angst, in Arbeitslosigkeit und soziales Elend zu fallen, soll sie weich klopfen, bei betrieblichen Auseinandersetzungen klein bei zu geben. Insbesondere wird damit das Fundament gelegt, um weitere Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen und Maßnahmen der Arbeitsintensivierung in den Betrieben voranzutreiben. Diesem durchsichtigen Plan können wir nur durch den Schulterchluss der ArbeiterInnen in den Betrieben mit den Erwerbslosen entgegentreten!

Westerwelles Propagandafeldzug gegen ArbeiterInnen und Erwerbslose

Einen solchen Schulterchluss wollen das Kapital und die Politik natürlich mit allen Mitteln verhindern. Dazu setzen sie einerseits ihre Medien ein, die uns Einzelbeispiele "glücklicher Arbeitsloser" präsentieren, um damit zu "beweisen", wie faul diese doch seien und wie gut es ihnen dabei noch gehe. Die BILD-Zeitung spielt in dieser Rubrik natürlich die demagogische Vorreiterrolle, aber auch etwas subtilere Propagandainstitutionen wie der Spiegel oder die Fernsehsendungen Monitor, Panorama usw. bedienen sich immer wieder gern dieser Masche.

Andererseits geben sich die Regierenden selbst größte Mühe, Beschäftigte gegen Erwerbslose, Beschäftigte gegeneinander usw. aufzuhetzen und zu manipulieren:

"Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein. An einem solchen Denken kann Deutschland scheitern." Mit diesen Worten verhöhnte der Außenminister und FDP-Chef Guido Westerwelle Anfang des Jahres die gesamte werktätige Bevölkerung in Deutschland. Bekanntlich hatte sich das antike römische Reich aufgrund seiner inneren Widersprüche, aufgrund der zunehmenden Fäulnis und Dekadenz der Sklavenhaltergesellschaft immer mehr zersetzt, bevor es schließlich von außen erobert wurde. Westerwelle zieht diesen Vergleich nun tatsächlich heran, um die Fäulnis und Dekadenz der heutigen Gesellschaft gerade denjenigen in die Schuhe zu schieben, die allein den Reichtum der Gesellschaft produzieren, nämlich der Arbeiterklasse, und um gerade die heutigen Parasiten, die von nichts als der Arbeit der anderen leben, nämlich die Kapitalisten, als die einzig wahren "Leistungsträger" des Landes (so heißt es im FDP-Jargon) hinzustellen. Dreister geht es nicht!

Die Sparpläne sind "alternativlos" - es sei denn, wir bringen sie durch Kampf zu Fall!

Am antiken Rom lässt sich sehen, wie eine Ausbeutergesellschaft an dem Parasitentum und der Fäulnis zugrundegegangen ist, die sie selbst hervorgebracht hat. Auch der Kapitalismus ist in seinem heutigen, letzten, imperialistischen Stadium eine Gesellschaft der Fäulnis, der Dekadenz und des Parasitentums, die gesetzmäßig Krisen, Elend und Krieg hervorbringt. Diese Gesellschaft kann jedoch nur zerschlagen und durch eine neue, sozialistische Gesellschaft, ersetzt werden, wenn die Arbeiterklasse sich organisiert und kämpft. Dieser Kampf muss dort ansetzen, wo wir Arbeiter, Erwerbslose, Rentner und Studenten von Kapital und Regierung angegriffen werden. Lassen wir uns also nicht damit abspeisen, wenn Angela Merkel verkündet, die neuen Sparmaßnahmen seien "alternativlos". Die Alternative ist, dass sie nicht umgesetzt werden, dass wir nicht bezahlen, sondern die Kapitalisten dazu zwingen, die Lasten ihrer Krise selbst zu tragen. Das geht jedoch nur, wenn alle betroffenen Bevölkerungsschichten sich um die Arbeiterklasse sammeln und zusammenschließen!

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Kontakt zur Partei, zu Redaktion und Vertrieb:

Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.org und kontakt@kpd-ml.org

Eigendruck im Selbstverlag

<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=1531>

In Europa und in der ganzen Welt weigern sich die Arbeiter, die Jugend und die Völker, die Krise des kapitalistischen Systems zu bezahlen.

Montag, 19. Juli 2010

Kommunique der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, die sich im Juni 2010 in Paris versammelten.

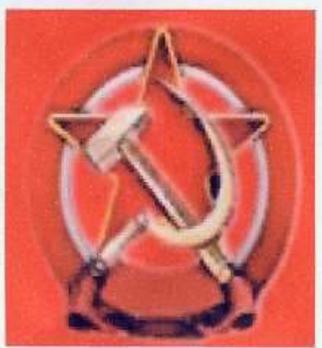
Die Krise des kapitalistischen Welt-systems setzt sich fort und wirft Millionen von Arbeitskräften auf die Straße und ins Elend. Alle Bevölkerungsschichten, Arbeiter, Werktätige in den Städten und auf dem Land, kleine und mittlere Bauern, Handwerker, Angestellte, aktiv Beschäftigte und Arbeitslose, Junge und Rentner... werden durch eine Handvoll Reicher, die immer noch reicher werden, durch die Finanzoligarchie, ihre Banken und Monopole, erpresst. In allen kapitalistischen Ländern, den entwickelten wie den aufstrebenden, in den imperialistischen Ländern und in den vom Imperialismus beherrschten Ländern, will die Oligarchie ihre Krise von der Arbeiterklasse, den werktätigen Massen, den unteren Schichten des Volkes und den Völkern bezahlen lassen:

11 Millionen Millionäre auf der Welt, die sich auf dem Rücken der Milliardenmassen immer mehr bereichern. Noch nie waren die produzierten Reichtümer so groß; noch nie wurden derart viele Frauen und Männer des Minimums zum Leben beraubt, noch nie war dieser Reichtum so in den Händen einer parasitären Klasse, der bürgerlichen Klasse, der Klasse der Aktionäre konzentriert.

Nach dem sie von den Staaten, die in ihrem alleinigen Dienst stehen, verlangt haben, hunderte Milliarden von Dollars, Euros und Yen... zu mobilisieren, um ihre Banken und Finanzinstitute zu retten, verlangt die Fi-



Piattaforma Comunista



nanzoligarchie jetzt, dass sie die Staatsschulden und ihre Zinsen bezahlen. Ihr Losungswort: Schluss mit dem Staatsdefizit, das sie selbst hervorgerufen haben.

Die Politik der Verringerung des Staatsdefizit: ein Vorwand zur Er-zwingung von Sparplänen

In Europa wurde das griechische Volk das erste Opfer dieser Offensive von sehr großer Tragweite, die im Zusammenspiel von Europäischer Kommission und dem FMI durchgeführt wird, was sich in einem Mega-Sparplan, der die Staatsschuld verringern sollte, ausdrückte.

Innerhalb weniger Wochen überboten sich die rechten und sozialliberalen Regierungen in Spar-Paketen, die sie den Staatsbudgets aufzwingen wollten; sie belaufen sich auf Hunderte von Milliarden und sparen kein Land aus.

Der Vorwand: Sicherung der Finanzmärkte und ihre "Ratingagenturen"

Das Ziel: einen neuerlichen Transfer von Reichtum großen Ausmaßes durchzuführen, von der Arbeit zum Kapital, um die Profite der Banken und der mächtigsten Monopole zu sichern.

Die Sozialbudgets werden zusammengestrichen, die sozialen Mechanismen, die von der Arbeiterklasse und den Völkern insbesondere seit dem 2. Weltkrieg errungen und erzwungen worden sind, sind das Opfer dieser konzertierten Offensive.

Die ersten Opfer der stattgefundenen Liquidierung des "sozialen Netzes" sind die ärmsten Schichten der Gesellschaft, jene, die schon im Elend, in Unsicherheit und der Angst vor morgen lebten. Sie werden die Einschnitte in die Sozialbudgets am härtesten spüren. In den reichsten Ländern wie Deutschland, Frankreich...sind Millionen von Männern und Frauen, Jugendliche auf der Suche nach einer Beschäftigung, Jugendliche, die sich mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser halten, arme Arbeiter davon bedroht, in finsterste Armut abzugleiten. Am anderen Ende der Gesellschaft begießen die Reichen weiterhin den Zuwachs ihrer Einkommen mit Champagner. Die Angriffe hatten schon vor dieser Krise begonnen; die neoliberale und sozialliberale Politik hatten schon schweren Schaden angerichtet, indem weite Sektoren der Wirtschaft privatisiert wurden und die Liquidierung des öffentlichen Diensts im Gesundheitswesen, in der Erziehung und der Sozialversicherung durchgeführt wurde....Heute will die Oligarchie Nutzen aus der Krise ziehen, um die Hindernisse für eine freie Ausbeutung der Arbeitskraft zu beseitigen, indem sie die sozialen und wirtschaftlichen Rechte beseitigt, welche von den Arbeitern errungen wurden. Sie will jene zusätzlich ausbeuten können, die Arbeit haben, während sie massenweise Arbeitskräfte entlässt; um mehr und länger, bis zur Erschöpfung, für immer niedrigere Löhne, für immer geringere Renten, schufteten zu lassen. Sie will von Arbeitslosenarmee profitieren, um Druck in Richtung auf Absenkung der Löhne und Verschlechterung der Lebensbedingungen ausüben zu können.

Bei diesen Mega-Sparplänen ist die Infragestellung des auf Solidarität und gerechte Verteilung basierenden Systems der Renten ein gemeinsames Ziel der EU-Regierungen.

Bis über 65 arbeiten zu lassen ist die Norm geworden, während Millionen Jugendlicher keine Arbeit

finden. Die Banken und Versicherungen reiben sich die Hände: sie hoffen darauf, ihre auf Kapitalisierung aufgebauten Rentensysteme den Volksschichten verkaufen zu können, die noch ein wenig zahlen können, und spekulieren auf die Angst vor dem Bankrott der Rentensysteme, die auf der Solidarität zwischen den Generationen und die Sozialabgaben aufgebaut sind.

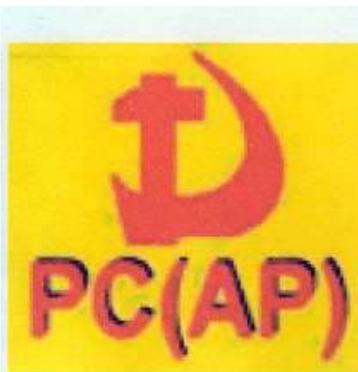
Um diesen sozialen Rückschritt großer Tragweite durchzusetzen, verstärkt die Oligarchie ihre Repressionsorgane, verschärft die gegen die Arbeiter und das Volk gerichteten Gesetze und versucht, die Werktätigen und die Völker zu spalten.

Auf dem Höhepunkt der Krise in Griechenland, in dem Augenblick, als Hunderttausende von Demonstranten in den Straßen von Athen und allen griechischen Städten ihre Weigerung, für die Krise des Kapitals zu bezahlen, hinaus riefen, hörte man aus dem Mund der politisch Verantwortlichen – und dies wurde von den Medien in aller Breite wiederholt und noch verstärkt - hasserfüllte Reden gegen die Arbeiter und die Völker Südeuropas. Man beschuldigte sie, von anderen Ländern "profitieren" zu wollen, darüber, dass man die Arbeiter und Völker Südeuropas "bestrafen" müsse.... Man ist weit entfernt vom Diskurs über die europäische Harmonie, über den Frieden und die Eintracht, welche in der EU herrschen sollten und die der Euro erleichtern sollte!

Die Völker haben das Recht, aus dem Euro und der EU auszusteigen

Am Ende mehrerer Jahre des Bestehens des Euro haben die Völker Bilanz gezogen. Dieses "gemeinsame" Geld hat im Wesentlichen den großen imperialistischen Mächten, die in der EU herrschen, dazu gedient, ihr ökonomisches Gewicht und ihre politische Macht zu stärken.

Der Euro hat die Absenkung der Löhne auf gleich niedriges Niveau in der EU beschleunigt. Die "Konvergenzkriterien" des Maastricht-Vertrages sind das Instrument dieses ständigen Sozial-Dum-



pings. Die EU-Regierungen versuchen sie sogar den Ländern, die nicht zur Eurozone gehören, aufzuzwingen, wie Dänemark, wo das Volk sich in einem Referendum dagegen ausgesprochen hat.

Der Euro hat eine allgemeine Preissteigerung bei den Erzeugnissen für den Massenkonsum bedeutet, deren Nutznießer vor allem die großen Monopole des Handels und der Agrarwirtschaft waren. Die großen Verlierer waren die Verbraucher aus den unteren Schichten der Bevölkerung, die kleinen und mittleren Agrarproduzenten, die kleinen Kaufleute usw... Der Euro ist ein wichtiger Mechanismus für den Aufbau eines Europa, das danach strebt, eine imperialistische Großmacht zu werden, ein neoliberales Europa, das die Arbeiterklasse extrem ausbeutet und das an der Ausplünderung der Reichtümer Afrikas, Lateinamerikas etc. und an den Kriegen und Konflikten um die Kontrolle über die strategisch wichtigen Rohstoffe, der Energiequellen und ihrer Transportmittel in die großen Produktionszentren der imperialistischen Länder teilnimmt.

Der reaktionäre Charakter dieses europäischen Hauses bestätigt sich immer wieder: die Festung Europa "schützt" sich vor den Migrant*innen, die durch Hunger und die vom Imperialismus genährten Kriege vertrieben werden. Das Europa der Polizeien entwickelt seine Hilfsmittel, die gemeinsam angewendet werden, um die großen Demonstrationen des Volkes wie anlässlich des NATO-Gipfels in Straßburg oder des "Klima"-Gipfels in Kopenhagen, zu überwachen und zu unterdrücken.

Außer dem immensen Polizeieinsatz mit tausenden von Verhaftungen hat der Gipfel von Kopenhagen auch gezeigt, bis zu welchem Punkt sich die Großmächte nur um ihre Interessen kümmern und dass sie die Fragen des Umweltschutzes nur als einen Markt für ihre Monopole betrachten.

Wir sind an der Seite des griechischen Volkes und

anderer Völker, wenn sie das Recht des Ausstiegs aus dem Euro und aus der EU fordern.

Wir sind für die Entwicklung der Solidarität mit allen Völkern der Welt ohne Ausnahme. Wir haben gemeinsame Kämpfe mit den Werktätigen und den Völkern Europas zu führen gegen die Mechanismen der Ausbeutung, das Schüren von Konkurrenz unter den Werktätigen, der Unterordnung der "kleinen" Länder unter die imperialistischen Mächte, der politischen Vorherrschaft, gegen die Mechanismen, welche die Ausplünderung der Reichtümer der abhängigen Länder organisieren. Das "europäische Haus", die EU und "ihr" Geld sind Instrumente dieser Politik, die wir anprangern und bekämpfen.

Den Widerstand gegen die Sparpläne überall in Europa vergrößern

Der Widerstand der Arbeiterklasse und der Völker gegen den Angriff des Kapitals erfolgte unmittelbar und hat sich überall entwickelt. Mehrere Streiktage, mehrere Generalstreiks fanden in verschiedenen Ländern statt. Die Wut und der Kampfeswille, sich zu weigern, die Krise des Systems, die Schulden der Oligarchie und ihre Sparpläne zu bezahlen, sind groß.

Diese Wut beunruhigt die Bourgeoisie und die reformistischen Parteien, die sich an diese Sparpolitik gekettet haben und die einverstanden sind, sie umzusetzen, in höchstem Maße. Sie sprechen davon, die "Opfer zu teilen", aber sie erlegen sie nur den Werktätigen und den Völkern auf.

Dieser Widerstand muss gleichzeitig in jedem Land aber auch international entwickelt und verstärkt werden. Im Herbst sind bereits Treffen, besonders für die Gewerkschafts-

bewegung, in die Wege geleitet: Wir werden dafür arbeiten, ihnen das Maximum an Breite und Erfolg zu geben, um sie zu einem starken Ausdruck des Internationalismus und der Einheit der Arbeiter-



klasse werden zu lassen.

Für die Einheit der Arbeiterklasse zu arbeiten ist eine vitale Notwendigkeit. Sie produziert den Mehrwert und sie kann auch einen beträchtlichen Druck auf das Kapital machen. Sie ist die tragende Säule der Kämpfe gegen das Kapital, für die soziale Umwandlung. In allen Ländern der EU leistet die Arbeiterklasse an vorderster Front und massiv Widerstand gegen die Angriffe der Unternehmer, der Regierungen, der Brüsseler Kommission, des IWF (Internationaler Währungsfond) usw.

Das erste Instrument des Widerstands der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen in der Stadt und auf dem Land ist die Gewerkschaftsorganisation. Die Gewerkschaftsbewegung wurde durch die Politik der Klassenzusammenarbeit, die in ihr entwickelt worden ist, gespalten und geschwächt. Aber heute entwickeln Strömungen, Gewerkschafter und Gewerkschaften an der Basis, in konkreten Kämpfen, den Syndikalismus des Klassenkampfes.

Wir verteidigen den Syndikalismus des Klassenkampfes und wir rufen die Arbeiter auf, sich in den Gewerkschaften zu organisieren, auf klassenkämpferischen Positionen für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. Wir verurteilen und bekämpfen die Versuche, kämpferische Mitglieder aus den Gewerkschaften auszuschließen. Wir arbeiten dafür, die internationale Solidarität zu entwickeln und für gewerkschaftliche Initiativen, welche den Kampf der Arbeiter in jedem Land und international stärken. Die Arbeitsimmigranten, mit oder ohne Papiere, "legal" oder "illegal", sind Teil der Arbeiterklasse in jedem Land. Sie sind eine Arbeitskraft, deren die Monopole bedürfen, denn sie ist, der Rechte beraubt, auf Gedeih und Verderb ausbeutbar. In der erbitterten Konkurrenz, die sich die Monopole liefern und in den Sektoren, wo sie die Produktion nicht verla-

gern können, ist diese Arbeitskraft unabdingbar. In diesem Kontext gewinnt der siegreiche Streik, der von den "Sans-papiers" (Ohne gültige Aufenthaltserlaubnis) in Frankreich für ihre rechtliche

Anerkennung geführt worden ist, eine große Bedeutung. Er ist eine Ermutigung für alle, die an dieser Front kämpfen. Dieser Streik von mehr acht Monaten wurde von den Gewerkschaften, den Frauenvereinigungen, demokratischen Organisationen und allen Parteien der Linken unterstützt. Er zeigte konkret auf, dass die Immigranten vor allem Arbeiter und Arbeiterinnen ein Teil der Arbeiterklasse sind. Er hat eine große Solidaritätsbewegung in der öffentlichen Meinung hervorgerufen, ein wirkliches Gegengift zu den Spaltungsversuchen, welche die Oligarchie und die Reaktion ständig anzetteln. Diese Arbeiterinnen und Arbeiter werden ihren vollen Platz in den gemeinsamen Kämpfen gegen die Übernahme der Kosten der Krise des Systems einnehmen.

Die Arbeiter des öffentlichen Dienstes, die Staatsbeamten und die Gebietskörperschaften (Gemeinden, Departements, Regionen...), sind von den Kürzungsplänen der Staatshaushalte und aller öffentlichen und halböffentlichen Institutionen besonders betroffen. Die Stellenstreichungen belaufen sich in jedem Land auf Zehntausende; Die Gehälter werden gekürzt wie in Griechenland, wo die sozialistische Regierung zwei Monatsgehälter kassieren will. Indem sie gegen die Privatisierungen kämpfen, für ihre Gehälter, für neue Stellen, kämpfen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch für die Verbraucher aus den unteren Schichten. Sie müssen gemeinsam im Widerstand gegen die Politik der Demontage des öffentlichen Dienstes kämpfen.



Verweigern wir uns den Sparplänen, der Militarisierung und den imperialistischen Kriegen

Die Krise des kapitalistischen und imperialisti-

schen Weltsystems verschärft alle Widersprüche, die einen immer gewaltsameren Charakter annehmen. Um die Mega-Sparpläne durchzudrücken, verstärkt die Oligarchie die Unterdrückung und ihr Arsenal der Kriminalisierung der Kämpfe der Arbeiter und des Volkes.

Die verschärfte Konkurrenz um die Beherrschung der Märkte und Rohstoffquellen zeigt sich schon in Konflikten und Kriegen. Der schmutzige Krieg, den die imperialistischen Mächte und ihr bewaffneter Arm, die NATO, gegen das afghanische Volk führen, spielt sich auch vor dem Hintergrund der Kontrolle über künftige Gas-Pipelines und der im Boden vorkommenden Bodenschätze ab.

Deshalb sagen wir: "Wir werden nicht für Eure Krise, wir werden nicht für Eure Kriege bezahlen."

Wir sagen, dass das Geld nicht für den Krieg und die Militarisierung, sondern zur Befriedigung der sozialen Erfordernisse, für die Erziehung, das Gesundheitswesen, die Sozialversicherung für die große Masse gebraucht werden soll.

Wir sagen:

NATO-Truppen raus aus Afghanistan!

Und

Imperialistische Truppen, raus aus dem Irak!

Wir wollen auch unsere Solidarität mit dem palästinensischen Volk ausdrücken und mit dem Volk von Gaza, das seit Monaten einer inhumanen Blockade unterworfen ist, welche die reaktionäre israelische Regierung organisiert hat. Mit den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt verurteilen wir die kriminelle zionistische Politik und fordern die sofortige Aufhebung der Blockade. Wir prangern die Komplizenschaft der EU an. Wir unterstützen den Kampf des palästinensischen Volkes für die effektive Anerkennung seiner nationalen Rechte.

Für eine Alternative des Bruchs mit dem kapitalistisch-imperialistischen System

Die Mega-Sparpläne berühren alle Schichten der Bevölkerung. Die Notwendigkeit, für die Einheit aller Schichten, die Opfer dieser Politik des sozialen Rückschritts sind, ist aktueller denn je. Wir arbeiten daran, diese Einheit aufzubauen durch eine engagierte Politik, welche die Weigerung, die Krise des Kapitalismus zu bezahlen, die Ablehnung der Sparpolitik konkretisiert. Wir sagen, dass die Banken, die Aktionäre und die Oligarchie ihre Krise bezahlen sollen und wir wollen mit allen politischen und sozialen Kräften arbeiten, welche

dieses Ziel teilen, um es konkret mit Hilfe von immer stärkeren Mobilisationen durchzusetzen.

Die Tiefe dieser Krise stellt mit aller Schärfe die Notwendigkeit der Erarbeitung und Durchführung einer Politik des Bruchs mit dem System. Sie muss sich auf konkrete politische und soziale Maßnahmen stützen, die schon jetzt durchzusetzen sind, im und durch den Kampf und die Mobilisierung der Mehrheit. Diese Forderungen müssen die Basis des Programms des Bruchs sein, der getragen wird durch Koalitionen der politischen Parteien, sozialen Kräfte, Massenorganisationen... Wir nutzen alle politischen und demokratischen Räume einschließlich des Feldes der Wahlen, um uns bei der Mehrheit Gehör zu verschaffen und sie für unsere Positionen zu gewinnen.

Als Parteien und Organisationen, die sich auf die Arbeiterklasse berufen, bekräftigen wir unsere Überzeugung, dass der einzig dauerhafte und effektive Ausweg aus der Krise des kapitalistisch-imperialistischen Systems aus seinem Sturz und der Errichtung des Sozialismus besteht. All unser Kampf dient dieser Perspektive.

Es lebe der Kampf der Arbeiterklasse, der Jugend und der Völker für die Weigerung, die Krise zu bezahlen!

Die Oligarchie muss ihre Krise bezahlen

Es lebe die internationale Solidarität

Paris, Juni 2010

Mitglieder der Internationalen Konferenz der m-l Parteien und Organisationen (CIPOML):

Kommunistische Arbeiterpartei Dänemarks (APK),

Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) (PCE/ML)

Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF)

Organisation für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Griechenlands (1918-1955)

**Kommunistische Plattform Italiens
Marxistisch-leninistische Organisation Revolution Norwegens**

Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP)

Als Beobachter nahm teil und unterzeichnete den Aufruf:

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

12. Juni:

Hysterie nach Demo in Berlin



Gegen die Kürzungspolitik der schwarz-gelben Regierung gingen am 12. Juni in Berlin 20-Tausend und in Stuttgart über 22-Tausend Menschen auf die Straße.

Die Stimmung war auf beiden Demonstrationen kämpferisch - auf den mitgeführten Transparenten und Schildern wurde nicht nur die Beschlüsse der Bundesregierung angegriffen, sondern auch immer wieder das kapitalistische System in Frage gestellt.

Aggressives Verhalten der Polizei

Entlang der Demo-Route in Berlin waren unzählige Hundeführer. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Hunde noch Beißkörbe. Auf Höhe der Torstraße gab es einen einzigen Knallkörper, der in Richtung Polizei geworfen wurde. Die Polizei - als hätte sie nur darauf gewartet - antwortete darauf mit einer Schockgranate. Danach griffen Polizisten den Antifablock an und zerrten Leute heraus. Nun auf einmal hatten die Hunde keine Beißkörbe mehr. Es kam zum Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray - seitens der Polizei, wohlgemerkt. Mehrere Personen wurden verletzt und ins Krankenhaus gebracht.

Bis zum Ende der Großdemonstration gegen Sozialabbau in Berlin hatte in der Medienberichterstattung der massenhafte Protest gegen die Sparpolitik der Bundesregierung im Vordergrund ge-

standen. Das änderte sich schlagartig nach einer dpa-Meldung um 18.27 Uhr, in der von zwei durch einen explosiven Stoff schwer verletzten Polizisten die Rede war.

Während die Polizei in ihrer Pressemeldung am Sonntag um 11.02 Uhr noch unbestimmt von einem durch Unbekannte geworfenen "Sprengsatz" schrieb, meldete dpa bereits knappe 20 Minuten später, nach Polizeiangaben sei eine möglicherweise mit Nägeln oder Glasscherben gefüllte "Splitterbombe" detoniert. Dann verurteilte Berlins Innensenator Körting (SPD) den Wurf einer "Splitterbombe", und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, sprach von "Mordversuchen". Am Montag titelte BILD: "Bombenanschlag auf Polizisten".

CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach sprach von einem "Anschlag" bisher unbekannter Brutalität, und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sah ein "Comeback des linken Terrors". Während ein Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft am Mittwoch Vormittag gegenüber der taz ausschloß, daß es sich um eine Splitterbombe gehandelt habe, tönte CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl am Nachmittag auf einer von den Regierungsfractionen beantragten aktuellen Stunde im Bundestag zum "Linksextremismus": "Es wurden Splitterbomben zum Einsatz gebracht, die mit Eisenteilen gespickt waren". Unionspolitiker beschul-

digten die Linkspartei und die Gewerkschaft ver.di, sie hätten es als Mitveranstalter der Demonstration zugelassen, daß sich ein schwarzer Block formiert, aus dem die "Sprengsätze" geflogen seien. Gefordert wurden schärfere Strafen für Angriffe auf Polizisten und eine Verschärfung des Landfriedensbruchparagrafen.

Deren Zielrichtung ist klar: Der soziale Protest soll kriminalisiert werden. Wenn es tatsächlich einmal zu den vielbeschworenen "sozialen Unruhen" kommt, dann wollen die Herrschenden über das nötige gesetzliche Abwehrinstrumentarium verfügen.

Berlins Innensenator bezichtigt Gewerkschaft der Zusammenarbeit mit "rotlackierten Faschisten"

Ehrhart Körting (SPD) über die Antifaschisten: "Das sind rot lackierte Faschisten. Sie sind bereit, Menschenleben von Andersdenkenden oder Staatsdienern zu gefährden". Sie verhielten sich nicht anders als "diejenigen in der schlimmsten Zeit unserer Geschichte".



Nach dem Böllerwurf: Polizeiübergriffe bei der Demonstration "Wir zahlen nicht für eure Krise" am 12. Juni in Berlin

(Korrespondenz aus Berlin)

Anmerkung der RS-Redaktion:

Eine Mücke sticht - ein Elefant nicht!



Leiharbeit verbieten!

"Als von der letzten Bundesregierung das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überarbeitet wurde, da wurde versprochen, Langzeitarbeitslose mit dem Instrument der Leiharbeit wieder in Arbeit zu bringen. Es wurde versprochen, sie später in unbefristete Arbeitsverhältnisse zu übernehmen. Den Befürwortern ging es darum, Auftragsspitzen aufzufangen und die Konjunktur weiter anzukurbeln. Doch wie sieht es heute in der Realität aus?"

Meine Kollegen aus dem Betonwerk Westerwelle in Westfalen und ich erleben gerade die bittere Kehrseite der Medaille. Wir erfahren, was Arbeitgeber an Leiharbeit besonders schätzen. Während wir vor dem Werkstor für höhere Stundenlöhne streiken, die im Moment bis 44 % unter Tarif sind, wird im Werk mit Streikbrechern einer Zeitarbeitsfirma weitergearbeitet. Mehr schlecht als recht. Sie erhalten noch schlechtere Löhne als wir. Das ist sittenwidrig und unfair.

Unser Chef nutzt den Streik und versucht, durch Zeitarbeit die Stammebelegschaft abzubauen und dafür perspektivisch eine flexible Zeit- und Leiharbeitsgruppe auf dem Hof zu haben. So sieht es aus: Leiharbeiter werden als flexible Lohnsklaven missbraucht, denen jede Chance genommen wird, eine Lebens- oder Familienplanung zu führen.

Für uns ist ganz klar geworden: Zeitarbeit unterläuft deutsches Streikrecht. Nach Artikel 9 des Grundgesetzes ist es das Recht der Gewerkschaften, für ihre Belange einen Arbeitskampf zu führen. Dieser Arbeitskampf ist aber fast nicht möglich, wenn Arbeitgeber die Streikenden mit Mitarbeitern einer Leiharbeitsfirma ersetzen. Und es kommt noch schlimmer: Wenn das Arbeitsamt Arbeitnehmer in die Leiharbeitsfirma vermittelt und diese sich weigern, durch ihre Arbeit den Streik zu brechen, dann gibt es anschließend eine Sperre beim Arbeitsamt. Es ist kaum zu glauben, wie Arbeitnehmerrechte mittlerweile in unserem Land mit Füßen getreten werden. Solche Leiharbeit gehört verboten, und ich bin froh, dass wir eine starke Gewerkschaft im Rücken haben, die uns in unserem Kampf solidarisch unterstützt."

Nadine Schildmann, beschäftigt im Betonwerk Westerwelle

(aus: DER GRUNDSTEIN Nr.7-8 2010, Zeitschrift der IG BAUEN-AGRAR-UMWELT)

Die heutige "Deutsch Albanische Freundschafts-Gesellschaft" ist eine rein bürgerliche Gesellschaft. In "Albanische Hefte 1 /2009" wurde ein Artikel über "Die Stasi, 'die Partei' und unsere Gesellschaft" veröffentlicht. Die von der Stasi gesammelten Informationen sind nicht so "brisant", wie es der Titel aussagt. 2010 kam es zu Bestellungen und Kontakt der "DAFG" mit der heutigen KPD/ML. Es wurde von Seiten der "DAFG" bedauert, dass in dem Artikel Informationen aus dem Buch "Die unbekannte Opposition in der DDR" nicht mit eingearbeitet werden konnten.

Dokumentation:

Die DAFG im Visier der Stasi

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS, umgangssprachlich Stasi) überwachte alle politischen Vorgänge in der Bundesrepublik sehr akribisch. Es schöpfte dabei alle veröffentlichten Quellen sowie Informanten ab, die z.T. wissentlich aus politischer Motivation oder gegen Bares, z.T. aber unwissentlich in Gesprächen mit Informanten oder bei DDR-Reisen Informationen über das politische Geschehen lieferten.

Besonderes Augenmerk richtete die Stasi auf das bunt gefächerte linksextreme Spektrum, das in Konkurrenz und z.T. in offener Feindschaft zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) stand, die die offizielle Bruderpartei der SED war und von ihr maßgeblich finanziert wurde. Unter den sogenannten K-Gruppen, also den Parteien und Bündnissen, die sich als antirevisionistische Kommunisten verstanden und ursprünglich auf das maoistische China orientiert waren, war die am 31.12.1968 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) (Zeitung: Roter Morgen) unter Leitung von Ernst Aust (1923-1985), eines früheren Funktionärs der verbotenen KPD, besonders interessant, weil diese in den 70er Jahren den Versuch unternahm, eine illegale Sektion in der DDR aufzubauen, die binnen weniger Jahre von der Stasi infiltriert und zerschlagen wurde. Um es nicht zu einfach zu machen, trug diese Partei, die sich nach dem Bruch zwischen Albanien und China auf die Seite Albaniens gestellt hatte, ab 1980, nachdem sich die maoistische KPD (Zeitung: Rote Fahne) aufgelöst hatte, nur noch das Kürzel KPD, um die Kontinuität zur KPD der Weimarer Republik zu betonen. Es ist ein

offenes Geheimnis, dass in den Gründerjahren der Gesellschaft der Freunde Albaniens (GFA), die sich 1979 in DAFG umbenannte, der Einfluss der KPD/ML dominierend war; viele Parteimitglieder waren auch in der Gesellschaft, die sich in den 80er Jahren schrittweise von diesem Einfluss emanzipierte - auch und gerade wegen vieler Mitglieder, die in Albanien ein politisches und soziales Modell gesehen hatten, sich aber in Albanien ein realistischeres Bild des Systems angeeignet

25.01.82 3

MfS/W/Name: MfS Berlin, den 22. 1. 1982

Druckort: XXII/3

Mitarbeiter: Oltm. Henze Reg.-Nr. 24/2203/82

BSIU
000005

MfS Beschluß

Über das Relegen
eines Openfile-Vorganges

I. Deduziere
II. Entschlüssel.

über Freilegungsarbeiten
Vor der Freilegungsarbeit über MfS/Agenten (beide) oder Openfile von anderen Gruppen

I. Inhaltliche

über Freilegung über Freilegung

I. Beschreibung der Objekte: "Deutsch-ALBANISCHE
Freundschaftsgesellschaft e.V." (DAFG)

über Sicherungsmaßnahmen

Übersicht über das Relegen: Bei der "DAFG" handelt es sich um eine Organisation, welche von der pseudorevolutionären "KPD" übernommen ist. Die Vorstände der "DAFG" ist gleichseitig leitender Funktionär der "KPD" und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift "Albanische Hefte". Gemäß Befehl 17/79 und NA 1/81 des Gen. Minister ist es erforderlich, durch die "DAFG" gegen die DDR gerichtete subversive Aktivitäten rechtzeitig aufzuklären und vorbeugend zu verhindern.

AKG - ausgesw.
25.1.82 MfS

Henze
Mitarbeiter
Henze, Oltm.
Mitarbeiter
Witzrecht, Major
Indice
Stokker, Oberst

Druckort: 27.182

Anmerkung: * Zusätzl. Name und Unterscheid von Henze bei MfS. Druckort: Leipzig.

Form: 1b ©

hatten. Die Stasi hatte daher auch Interesse an unserer Gesellschaft, zumal die politischen Beziehungen zwischen Ostberlin und Tirana alles andere als ungetrübt waren. Das brachte uns zu der Ehre, dass das MfS eine "Feindobjektakte" (FOA) mit der Registrierungsnummer XV 2203/82 über uns führte.

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU, vulgo Gauck-Birthler-Behörde) hat uns dankenswerter Weise eine Kopie dieser Akte mit 267 Blättern zur Verfügung gestellt.

"Feindobjektakte DAFG"

Umfang und inhaltliche Bedeutung der Akte stehen leider/glücklicherweise in keinem Verhältnis. Obwohl das MfS schon frühzeitig Erkenntnisse über unsere Gesellschaft sammelte, beschloss es erst am 22.1.1982, einen eigenen "Vorgang" über das "Feindobjekt" DAFG anzulegen. Dieser Beschluss, versehen mit den Unterschriften des zuständigen Oberleutnants, des Leiters der Dienststelle im Majorsrang und eines Obersten, qualifizierte die "DAFG" (immer in Anführungsstrichen, d.A.) als "Organisation, welche von der pseudorevolutionären "KPD" (auch immer in Gänsefüßchen, d.A.) unterwandert ist. Die Vorsitzende (sie!) der "DAFG" ist gleichzeitig leitender Funktionär der "KPD" und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift "Albanische Hefte".

Gemäß, Befehl 17/79 und DA (= Dienstanweisung, d.A.) des Gen(ossen, d.A.) Minister (= Erich Mielke, d.A.) ist es erforderlich, durch die "DAFG" gegen die DDR gerichtete subversive Aktivitäten rechtzeitig aufzuklären und vorbeugend zu verhindern." (BStU AFO-249/87 S. 5; das wunderliche Deutsch steht so in der Akte. Vorsitzender war bereits seit 1979 Peter Platzmann.) Die meisten Akten über die DAFG wurden in der Hauptabteilung (HA XXII) angelegt, die für Terrorabwehr zuständig war.

Der Vorgang wurde per Beschluss vom 28.8.1987 eingestellt und archiviert mit der Begründung: "In der bisherigen Bearbeitung trat die "DAFG" als Organisation nicht mit feindlich-negativen Angriffen gegen die DDR oder die anderen sozialistischen Staaten in Erscheinung. Im Komplex der Terrorabwehr ist sie ohne Bedeutung."

(BStU AFO-249/87 S. 6)

Schon am 4.2.1977 war das Verteilen von GFA-Flugblättern in Westberlin der Stasi einen Vermerk wert (BStU HAXXII-473 S. 37). In einem Dossier vom 3.10.1978 (BStU AFO-249/87 S. 9-11) wird die GFA als von der KPD/ML unterwandert dargestellt. Sie habe Mitglieder gewonnen, nachdem die (von der maoistischen KPD dominierte, d.A.) Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft Mitglieder der KPD/ML ausgeschlossen habe. Die GFA habe intern (nicht öffentlich) die internationale Haltung Chinas als "antimarxistisch, chauvinistisch und konterrevolutionär" bezeichnet, was genau der Haltung der KPD/ML entspreche.

Die albanische Botschaft unter Beobachtung

Ein Bericht vom 5.2.1980 warf einem Botschaftsmitarbeiter vor, er habe nicht nur albanisches Propagandamaterial (sogar in russischer Sprache, das an Sowjetbürger in der DDR heran getragen wurde), sondern auch solches der KPD/ML verbreitet, um damit zur "Organisierung eines linksextremistischen proalbanischen Untergrundes in der DDR" beizutragen (BStU HAXXII-18689/2 S. 26-27). Schon in einem Bespitzelungsbericht über mehrere Mitglieder der DDR-Sektion der KPD/ML vom 27.4.1979 wurde behauptet, die albanische Botschaft habe diese bereits im Frühjahr 1976 mit KPD/ML-Material versorgt (BStU HAXXII-18607/6 S. 137). Genau wurde - immer über anwesende Stasi-Informanten, die die KPD-Sektion DDR unterwandert hatten - registriert, wer an Empfängen der Botschaft, z.B. am 21.11.1980 zum Befreiungstag teilnahm, wobei sowohl westdeutsche und Westberliner DAFG-Mitglieder als auch und vor allem DDR-Bürger aufgelistet wurden (BStU HAXXII-1029 S. 150-154).

Am 10.3.1984 besuchten 22 Funktionäre und Mitglieder der DAFG und der KPD (= KPD/ML) die albanische Botschaft in Wien. (Der dortige Botschafter Bardhi war zuvor Botschaftssekretär in Ostberlin.)

Einer der Teilnehmer lieferte der Stasi darüber Informationen, die am 20.6.1984 zu einem Bericht zusammengefasst wurden. Danach suchte Albanien aus wirtschaftlichen Gründen diplomatische Beziehungen zur BRD und zugleich eine Ausweitung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu den Ostblockstaaten (allerdings nicht zur Sowjetunion) sowie zu China, stieß dabei aber sowohl in Bonn

als auch in Beijing auf Ablehnung wegen Albanien politischen Forderungen. DAFG und KPD sollten einen propagandistischen Beitrag zur Herstellung diplomatischer Beziehungen leisten, wobei Albanien eine finanzielle Unterstützung dafür aus Devisenmangel ablehnte. Auch der Tourismus sollte ausgeweitet werden; Albanien hatte dazu die schikanösen Einreisevorschriften (Kleidung, Haartracht) weitgehend abgeschafft.

Besonders interessant ist, dass künftig die Wiener Botschaft anstelle der leichter zu erreichenden Botschaft in Ostberlin Anlaufstelle sowohl für KPD als auch für DAFG sein sollte. Albanien wollte nicht in die Aktivitäten der KPD innerhalb der DDR hineingezogen werden. Die Stasi beobachtete nämlich die Aktivität der albanischen Botschaft in Ostberlin und ihrer Mitarbeiter mit Argwohn. Ein Bericht vom 15.3.1983 hatte akribisch das unterschiedliche Verhalten der Botschaftsangestellten (deren Namen in der Akte geschwärzt sind) gegenüber deutschen Gesprächspartnern - unter denen sich wiederum Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi befanden - beschrieben. Ihnen wurde (neben der Sammlung von Informationen zum Schaden der DDR) vorgeworfen, erstmals nach der Zerschlagung der Sektion DDR der KPD/ML Kontaktpersonen zur Organisation von Hörerkreisen von Radio Tirana anzuhalten. Die Botschaft versorgte demnach ihre Kontaktpersonen nicht nur mit albanischen politischen Materialien in Übersetzung, sondern stellte ihnen auch westdeutsche Zeitungen zur Lektüre in der Botschaft zur Verfügung. Die Diplomaten seien zwar darum bemüht, offene Verstöße gegen DDR-Recht zu vermeiden, um die wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu gefährden, dennoch bereitete die Stasi einen Operativen Vorgang wegen des Verdachts auf geheimdienstliche Aktivitäten vor (BStU HAI-28397 S. 40-50).

Ein ergänzender Bericht vom 13.12.1983 konstatiert eine drastische Reduzierung der Kontakte zwischen der Botschaft und der "KPD" - DAFG"; dafür wird nicht nur das Ende der KPD-Aktivitäten in der DDR, sondern explizit der Umbruch in der albanischen Führung verantwortlich gemacht, der mit dem Tod von Ministerpräsident Mehmet Shehu am 18.12.1981 eingeleitet wurde (BStU S. 60-68). Ein Dossier vom 14.11.1984 (BStU AFO-249/87 S. 28-32) bescheinigt der DAFG zwar, keine "feindlich-negativen Angriffe gegen die DDR oder die anderen sozialistischen Staaten" unter-

nommen zu haben. Aber ihre Mitglieder hätten "subversive Aktivitäten" gegen die DDR unternommen, indem sie als Deckadressen der KPD bei der Verbindung zu ihren DDR-Stützpunkten und beim Versand von Protestsendungen an die DDR-Regierung gegen die Inhaftierung der dortigen KPD-Aktivisten fungierten.

Alles, nur nicht DAFG

Der allergrößte Teil dieser "Feindobjektakte" ist aus DAFG-Sicht völlig uninteressant; er besteht aus Observierungsberichten über Einzelpersonen, deren Identität pseudonymisiert oder geschwärzt ist, aus Visa, geschwärzten Listen von Reisegruppen, die über Berlin-Schönefeld (DDR) nach Albanien flogen, Kopien aus der westlichen Presse einschl. "Roter Morgen", Radio-Tirana-Kommentaren usw., aber auch Analysen zur Politik der KPD/ML, über deren DDR-Sektion, zur unterschiedlichen Haltung der KPD und Albanien gegenüber der polnischen Solidarnosc-Bewegung, zum westdeutschen Linksradikalismus, zur Entstehung der GRÜNEN ohne Bezug zur DAFG. Nur in einzelnen Fällen wird bei observierten Mitgliedern der KPD/ML aus dem Bundesgebiet bzw. Westberlin auf ihre Mitgliedschaft in der DAFG hingewiesen z.B. BStU HAXXII-18607/6 S. 280-282). Dabei passierte schon mal ein Lapsus wie in einem Bespitzelungsbericht vom 12.4.1989, in dem DAFG mit "Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft" aufgelöst wurde (BStU HAXXII-18607/6 S. 284).

Was interessierte Mielke an der DAFG?

Dieses insgesamt wenig ergiebige Material belegt, dass die GFA bzw. DAFG als solche aus Sicht der Stasi uninteressant war, weil sie sich über die Verbreitung albanischer Propaganda hinaus nicht mit der DDR und dem Ostblock befasste. Sie wurde hingegen als "Massenorganisation" der KPD/ML bzw. KPD wegen derer Donquijoterie einer illegalen DDR-Sektion observiert und infiltriert, die die Stasi wirkungsvoll unterwanderte und nachhaltig zerschlug.

Die Abteilung Bildung und Forschung (BF) der BIRTHLER-Behörde hat dazu schon 1997 eine eigene Studie veröffentlicht: Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer "Sektion DDR" durch das MfS (BF informiert Nr.

18). In dieser Untersuchung wird die DAFG nicht erwähnt, Albanien und die albanische Botschaft nur am Rande.

Interessanter ist die Einschätzung der Aktivitäten der albanischen Botschaft in der DDR. Diese ging (die Richtigkeit der Stasi-Berichte unterstellt) zunächst weit über den zulässigen Rahmen einer diplomatischen Tätigkeit hinaus, indem sie nicht nur offizielle albanische Propagandamaterialien verbreitete, die - wie Enver Hoxhas Memoirenbände "Die Chruschtschowianer" und "Die Titoisten" - explizit gegen das osteuropäische Bündnissystem und damit gegen die Staatsordnung der DDR gerichtet waren, sondern sogar Material der KPD/ML bzw. KPD. Nach der Shehu-Säuberung 1981/82 und den Versuchen, der Führung in Tirana, die wirtschaftliche Stagnation und Rezession durch Kontakte zur BRD und durch wirtschaftliche Kooperationen mit dem RGW (wenn auch nicht mit der "sozialimperialistischen Supermacht" UdSSR) aufzufangen, verfiel die albanische Diplomatie ins andere Extrem: die Kontakte der Ostberliner Botschaft zur KPD und zur DAFG wurden auf ein Minimum beschränkt und auf die Botschaft in Wien umgeleitet, was für die meisten Deutschen nicht mehr praktikabel war. Albanien wollte nicht in das Fiasko der KPD-Sektion hineingezogen werden. Zugleich machte es klar, dass es zwar vermehrte Anforderungen an die Propagandaarbeit sowohl der KPD als auch der DAFG stellte, aber jede Form der Subventionierung ausschloss.

Flankiert wurde das durch immer unkulantere Konditionen für westdeutsche Partner: Reisekosten wurden rückwirkend erhöht, Bestellungen für Bücher, Material und Kunstgewerbe wurden einseitig um ein Mehrfaches aufgestockt - natürlich voll zahlungspflichtig. Die Sucht nach Devisen wurde immer stärker, die Freunde Albaniens waren als Melkkühe gut genug. Das Ende ist bekannt.

Tirana Observer

Die seit rund drei Jahren erscheinende Tageszeitung "Tirana Observer" (Chefredakteur Roland Qafoku) brachte in

ihrer Ausgabe vom 1.8.2008 ein mehrseitiges Dossier über die Albanien betreffenden Unterlagen der "Gauck-Birthler-Behörde"; dadurch wurden wir auf diese Quellen aufmerksam. Aus albanischer Sicht ist dabei nicht nur das Interesse der DDR-Behörden für die damals noch sehr spärlichen Kontakte zwischen Albanien und den beiden deutschen Staaten bemerkenswert, sondern besonders die extrem repressive Haltung gegenüber illegalen Kontaktversuchen; selbst das Abhören von Sendungen von Radio Tirana konnte mit Haft bestraft werden.

Die Paranoia auf Gegenseitigkeit mündete in der Absurdität, dass es den weltweit angesehensten Philologen der albanischen Sprache außerhalb des Landes unmöglich war, Albanien zu wissenschaftlichen oder anderen Zwecken zu bereisen, und dass sie gleichzeitig nur sehr eingeschränkte Karrieremöglichkeiten innerhalb des Zentralinstituts für Sprachwissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der DDR hatten.

Michael Schmidt-Neke



Dokumentation:

Katyn – eine antisowjetische Fälschung

Von M. Dumow

Quelle: VKPB vom 22.05.2010

5. Juli 2010

www.kommunisten-online.de/blackchannel/katyn_vk.htm#Wahrheit

Seit vorigem Jahr betonen die Machthaber der Russischen Föderation die Bedeutung des 65. Jahrestages des Sieges. Aus dem Mund der Herrscher aller Couleure tönt das Thema der Sorge um die Veteranen bei der Verbesserung der Wohnverhältnisse u.a.m. Von Zeit zu Zeit – hauptsächlich wegen des Haushaltsplanes – leuchten die Erinnerungen der Veteranen auf. Es schien so: je näher der Tag der Sieges rückt, um so mehr spricht man über die Heldentaten des Volkes, das den Faschismus vernichtet und halb Europa befreite – über das sowjetische Volk!

Wie dem auch sei! Die russischen und polnischen Machthaber waren darauf vorbereitet. Doch sie agierten merkwürdig koordiniert, als es darum ging, das sowjetische Volk in den Schmutz zu ziehen. Sie finanzierten gemeinsam den verlogenen und gemeinen Film Andrzej Wajdas. Sie organisierten ein Treffen der “demokratisch gewählten” Präsidenten Rußlands und Polens mit deren zahlreichem Gefolge bei Smolensk. Und als am 10. April der Präsident Polens L. Kaczynski beim Flugzeugunglück im Katyner Wald bei Smolensk ums Leben kam, blieb nichts von den russischen “Demokraten” übrig als das allgemeine Gejammer über den “Lieblingspräsidenten” der Polen. Am 18. April zur Beerdigung Kaczynskis in Kraków beschuldigte der Präsident der Russischen Föderation D.A. Medwedjew Stalin persönlich der Massenhinrichtungen im Katyner Wald. Dann sprach er im Verlauf seiner Reise durch den Skandinavischen Länder über Katyn. Am 28. April auf einer Pressekonferenz in Kopenhagen wiederholte Medwedjew noch einmal seine Anschuldigungen an die Adresse der Sowjetmacht.

Warum überschatteten die Katyner Ereignisse vor 67 Jahren den bevorstehenden 65. Jahrestag des Sieges?

Schauen wir tiefer in die Geschichte hinein.

Die ersten Mitteilungen über die Ermordung polnischer Offiziere im Katyner Wald kamen am 13. April 1943 aus Hitlerdeutschland.

Noch am 9. April schrieb der faschistische Propagandaminister Joseph Goebbels in sein Tagebuch: “In der Nähe von Smolensk sind polnische Massengräber gefunden worden. Die Bolschewisten haben hier etwa 10.000 polnische Gefangene, unter ihnen auch Zivilgefangene, Bischöfe, Intellektuelle, Künstler usw., einfach niedergeknallt und in Massengräbern verscharrt. Über diesen Massengräbern haben sie Anlagen hergerichtet, um die Spuren ihres frevelhaften Tuns zum Verschwinden zu bringen. Durch Hinweise der Einwohner ist man hinter das Geheimnis dieser Erschießungen gekommen, und nun zeigt sich eine grauenvolle Verwüstung der menschlichen Seele. Ich veranlasse, daß die polnischen Massengräber von neutralen Journalisten aus Berlin besucht werden. Sie sollen dort einmal durch eigenen Augenschein davon überzeugt werden, was ihrer wartet, wenn ihr vielfach gehegter Wunsch, daß die Deutschen durch die Bolschewisten geschlagen würden, tatsächlich in Erfüllung ginge”.

Gerade in der letzten Phrase dieses Faschisten wird das wahre Ziel der Goebbelsschen Propaganda deutlich - die Polen einzuschüchtern, Feindschaft zwischen den polnischen und sowjetischen Völkern zu säen und die Polen davon abzuhalten, ein Bündnis mit der Sowjetunion einzugehen.

Von da ab waren die sowjetisch-polnischen Beziehungen außerordentlich gespannt. Der Grund war der unversöhnliche Antisowjetismus und die offene Russenfeindlichkeit. Sie führten die bürgerliche polnische Regierung dazu, das System der kollektiven Sicherheit in Europa zu vereiteln, was schließlich den Faschisten bei der Verwirklichung

ihrer Pläne zur Vernichtung der slawischen Zivilisation in die Hände spielte. Schon gegen Ende 1939 waren von den Deutschen im okkupierten Polen über 100.000 Menschen vernichtet worden. Das war "die neue deutsche Ordnung"! Nach dem Ende der Okkupation Polens hatten die Deutschen etwa 6 Millionen Polen - also 22 % der Bevölkerung - vernichtet! Das Endziel der Faschisten war die Liquidierung des gesamten polnischen Volkes bis zum Jahre 1950. Zum Glück existierte für die Polen die UdSSR und deren Rote Armee.

Im Kampf gegen den Faschismus ergab sich allmählich die Notwendigkeit, die Bemühungen der sowjetischen und polnischen Völker zu vereinen, bis hin zur polnischen Emigration. Die bürgerliche Regierung hielt sich in London auf. Die diplomatischen Beziehungen zwischen ihr und der Regierung der UdSSR wurden am 30. Juli 1941 wiederhergestellt. Das Abkommen sah die Bildung einer polnischen Armee auf dem Gebiet der UdSSR vor. Diese Armee sollte aus einer Anzahl ehemaliger polnischer Soldaten und Offiziere bestehen, die sich nach der Befreiung durch die Rote Armee in der Westukraine und in Westweißrußland in Gefangenschaft befanden.

Am 25. Dezember 1941 erließ die Regierung der UdSSR die Verordnung "Über die polnische Armee auf dem Gebiet der UdSSR". Es wurde mitgeteilt, daß dieser Armee 96.000 Personen angehören, die von General Anders befehligt wurden.

Doch die Polen hielten ihre Sicherheit durch die UdSSR für schlecht gewährleistet, und so zogen 80.000 polnische Militärangehörige im September 1942 zu ihren Verbündeten in den Iran, um dort britische Erdölanlagen zu sichern. Erst 1944 erschienen sie dann in Italien.

Doch der schon im März 1943 gegründete Bund polnischer Patrioten formierte unter Führung von General Z. Berling eine polnische Division namens "Tadeusz Kościuszko". Diese Division bestand ihre Feuertaupe in den Kämpfen bei Lenino am 12. und 13. Oktober 1943 und wuchs später zur polnischen Armee heran.

Die Faschisten witterten die Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern und das herannahende Ende. Und so erscholl am 13. April 1943 die deutsche Mitteilung...

Am 19. April 1943 veröffentlichte die Zeitung "Prawda" einen Artikel "Die polnischen Komplizen Hitlers", wo Beispiele angeführt waren, wie die Faschisten schon mehrfach die von ihnen be-

gangenen Massenmorde als Spuren "bolschewistischen Terrors" ausgegeben hatten, und es wurde gesagt:

"Wie nunmehr völlig klar ist, haben die Deutschen die ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen ergriffen, die sich 1941 zu Bauarbeiten in den Bezirken westlich von Smolensk aufhielten, und die im Sommer 1941 nach dem Rückzug der sowjetischen Armeen aus dem Bezirk Smolensk zusammen mit vielen sowjetischen Menschen, den Bewohnern des Smolensker Gebiets, in die Hände der faschistischen Henker gerieten. Die Deutschen haben die ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen und viele sowjetische Menschen Viehisch ermordet, und wollen jetzt die Spuren ihrer Verbrechen verwischen. In der Hoffnung leichtgläubige Menschen zu finden, versuchen sie, ihre ungeheuren Verbrechen mit neuerlichen schändlichen Hirngespinnsten zu überdecken".

Veröffentlichungen der KPD/ML (Roter Stern):

Das Massaker von Katyn - ein Verbrechen der deutschen Faschisten (2010)

Die Tragödie Chatyn (ein ehemaiges Dorf in Weißrußland, nicht zu verwechseln mit Katyn)

Beide Broschüren sind zum Preis von **2 €** zu bestellen bei

kontakt@kpd-ml.org

Als "Henker" der Polen bei Katyn nannte die faschistische Propaganda "die GPU-Kommissare" Lew Rybak, Abraham Borisowitsch, Paul Brodinski und Chaim Finberg. Bis jetzt wurden von niemandem und nirgendwo die Spuren dieser geheimnisvollen "Kommissare" gefunden, weil es solche nämlich nicht gibt. Das ist die Wahrheit der Geschichte.

Ist das den Führern Polens und Rußlands nicht bekannt? Wissen sie das, oder gehören sie zu jenen "leichtgläubigen Leuten"? Wozu dient dann die Showveranstaltung um "Katyn"? Der Sozialismus ist ihnen verhaßt, und sie tun alles, um das sowjetische Volk und seine führende Kraft - die Partei der Bolschewiki unter der Führung Stalins - anzuschwärzen. Ohne Führung sind Armee und Volk nur eine Menschenmenge. Und eine Menschenmenge kann den Kampf gegen den stärksten und tückischsten Feind, wie es der deutsche Faschismus war, nicht gewinnen. Das bedeutet: Die

Kraft lag bei den Bolschewiki, und sie lag in der sozialistischen Ordnung! Dies alles hassen die neu aufgetauchten "Herren" der Betriebe, der Zeitungen und der Dampfer Rußlands und Polens und wollen es aus dem Bewußtsein der Völker ausrotten. Dafür werden zur Schau gestellte Leiden organisiert - als "Opfer des Totalitarismus". Und die russischen Präsidenten bereuen und bereuen...

Die sowjetischen Menschen haben nichts zu bereuen

Im Laufe der berüchtigten "Gorbastroika" hat der Präsident Polens W. Jaruzelski auf der Grundlage der Angaben polnischer Historiker erneut bestätigt, daß die Tragödie bei Katyn ein Verbrechen der deutschen Faschisten war, eine von den Nazis veranstaltete Provokation. Kaum hatte die anti-sowjetische Provokation angefangen, war sie auch schon wieder verstummt - vorläufig. Doch nach dem konterrevolutionären, bürgerlichen Umschwung in der UdSSR 1991-1993 brachten die "Demokraten" die Welle der Verleumdung wieder in Gang...

Im Jahre 1992 wurde im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation "zufällig" das "geschlossene Paket ?1" entdeckt, in dem sich angeblich der Beschluß des Politbüros des ZK der Allunions-KP (B) vom 5. März 1940, ein Brief Berijas an Stalin und ein Brief Scheljepins an Chrustschow vom 3. März 1959 etc., befunden haben sollen - das sind also die "unwiderlegbaren" Beweise der Schuld der UdSSR. Doch die Originaldokumente sind für die Forschung bis jetzt nicht zugänglich. Nach den Forschungen vieler gewissenhafter Historiker und Spezialisten ist jedoch schon jetzt bewiesen, daß diese und andere "Dokumente" aus dem Archiv des Präsidenten Fälschungen sind.

Im Jahre 1943 arbeitete eine Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Umstände der Erschießung der kriegsgefangenen polnischen Offiziere durch die faschistischen Eroberer im Katyner Wald. Diese Kommission wurde geleitet vom Präsidenten der Akademie der medizinischen Wissenschaften Nikolai Pawlowitsch Burdenko. Die Mitglieder der Kommission waren Schriftsteller, Geistliche und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Es lagen Beweise dafür vor, daß es bis zur Ankunft der Deutschen im Katyner Wald kein Lager für polnische Kriegsgefangene gab, und daß der Tod der polnischen Kriegsgefangenen im Jahre 1941 geschah, und nicht schon 1940, wie die Na-

zis behaupteten. Im Bericht der Kommission, der in der "Prawda" am 26. Januar 1944 veröffentlicht worden war, wurde festgestellt:

"... Im Katyner Wald wurden im Herbst 1941 von der deutschen Besatzungsmacht Massenerschießungen von polnischen Kriegsgefangenen ... durchgeführt;

... 4. Im Zusammenhang mit der Verschlechterung der allgemeinen militärpolitischen Situation für Deutschland Anfang 1943 haben die deutschen Besatzer zu provokatorischen Zwecken eine Reihe von Maßnahmen unternommen, um zum Streit der Russen mit den Polen ihre eigenen Verbrechen den Organen der Sowjetmacht zuzuschreiben..."

Darüber hinaus haben die in das noch von den Deutschen okkupierte Smolensker Gebiet entsandten internationalen Experten, obwohl sie auf Anordnung Hitlers handelten, in den Leichen der Ermordeten deutsche Geschosse der Marke "GECO", der Serie "D" vom Kaliber 7,65 mm gefunden. Am 8. Mai 1943 notierte Goebbels verärgert: "Leider hat man in den Gräbern Katyns deutsche Munition entdeckt." Solche Tatsachen, wie die Erschießung der Polen durch den deutsch-faschistischen Abschaum, gibt es viele. Nach dem Krieg studierten polnische Historiker diese Tragödie und auch sie konnten eine Mitwirkung "des totalitären Regimes" nicht feststellen. Die Frage wurde von beiden Seiten eindeutig entschieden - die Deutschen sind schuldig.

Den Sowjetfeinden wird es gemeinsam mit emporgekommenen Herren nicht gelingen, sich der wachsenden Hinwendung des Volkes zur Stabilität des Sowjetzeit, der Hinwendung zu Stalin, entgegenzustellen, und so versuchen sie es mit einem schmutzigen Stalin-feindlichen "Kreuzzug". Ein böser, unzureichend hinter der Maske von der "Freiheit des Wortes" und der "historischen Wahrheit" verdeckter Antisowjetismus beschäftigt die Spitzen der Russischen Föderation und Polens. Für die Befreiung Polens von den faschistischen Eroberern haben mehr 600.000 (!) sowjetische Soldaten ihr Leben geopfert. Aber darüber schweigen sowohl russische, wie auch polnische Präsidenten. Sie schweigen genauso zur Massenvernichtung der Rotarmisten durch Polen im Jahre 1921 (nach dem mißlungenen Gegenschlag der Roten Armee auf Warschau starben in polnischen Lagern 60.000 von den 130.000 russischen Kriegsgefangenen). Im Terminkalender "unserer" Präsidenten gab es weder eine Ehrung der Stalingra-

der Schlacht, der Kursker Schlacht, noch der Befreiung Warschaws. Dafür flogen sie zu den Feiern anlässlich der Eröffnung der zweiten Front nach Europa wie die Fliegen auf den Honig. Warum rufen einige Tausend umgekommenen Polen bei Katyn so ein Meer von Ergüssen hervor?

Das Volk nennt es Verrat

Die zynische und freche Lüge über Katyn der bürgerlichen "Wahrheitsfanatiker" ist vor allem berechnet auf die Beschränktheit der Spießbürger und die Unwissenheit der Jugend über die Geschichte. Ein solches Herangehen ist typisch für die bürgerliche Propaganda. Teilweise gelingt es, damit das gesellschaftliche Bewußtsein zu vergiften. Aber die Mythen und die Lügengebäude der Geschichte werden unvermeidlich einstürzen, und für den Verrat des sowjetischen Volkes muß unvermeidlich gezahlt werden. Das oberste Gericht - das Gericht der Werktätigen einer erneuerten UdSSR - wird sein Verdikt aussprechen.

M. Dumow

Quelle: <http://www.vkpb.ru/>

Fälscher der "Briefe Berijas 794/B" enthüllt

krasnoe.tv vom 06.06.2010

auf Kommunisten-online am 10. Juni 2010

In der zweiten Hälfte des Monats Mai 2010 wandte sich einer der Haupthersteller dieser Fälschung in einer vertraulichen mündlichen Mitteilung über seine persönliche Teilnahme an der Herstellung gefälschter "Briefe Berijas 794/B" an den Abgeordneten der Staatsduma der Russischen Föderation Victor Iljuchin. Nach eingehender Prüfung der erhaltenen Information richtete W.I. Iljuchin die zwei folgenden offiziellen Briefe an den Vorsitzenden der Fraktion von KPRF in der Staatsduma, G.A. Sjuganow.

Sehr geehrter Gennadij Andrejewitsch!

Ich setze Sie, als Vorsitzender der Kommunistischen Partei und der Fraktion der KPRF in der Staatsduma, davon in Kenntnis, daß mich am 25. Mai 2010 eine unbekannte männliche Person angerufen und um ein Treffen mit mir gebeten hat. Dabei teilte er mir mit, daß er mir Informationen im Zusammenhang mit der Untersuchung der Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn geben könne. Das vorliegende Treffen fand an diesem Tag statt.

Der Unbekannte nannte mir seinen Namen, den ich aber aus Sicherheitsgründen nicht nennen werde, und er teilte mir mit, daß er in unmittelbarer Beziehung zur Herstellung und Fälschung der Archivadokumente, darunter der Erschießung der gefangenen Polen, stehe.

Aus seiner Aussage folgt, daß Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Gruppe hochrangiger Spezialisten geschaffen wurde zum Zwecke der Fälschung von Archivadokumenten, die wichtige Ereignisse der sowjetischen Periode betreffen. Diese Gruppe arbeitete in der Struktur des Sicherheitsdienstes des russischen Präsidenten B. Jelzin. Sie sei in den ehemaligen Wochenendhäusern der Mitarbeiter des ZK der KPdSU in der Ortschaft Nagornyj untergebracht gewesen. Die Arbeit der Mitglieder der Gruppe sei gut bezahlt worden, sie hätten Leistungslohn erhalten.

Er teilte insbesondere mit, daß durch sie die Aufzeichnungen L. Berijas im Politbüro der Allunions-KP (B) vom März 1940 hergestellt wurden, worin vorgeschlagen worden sei, mehr als 20 Tausend polnischer Kriegsgefangener zu erschießen. Dabei demonstrierte er den Mechanismus der Fälschung der Unterschriften L. Berijas, J. Stalins (die Kopien der Blätter füge ich bei). Ich schließe nicht aus, daß ebenso der polnischen Regierung gefälschte Dokumente der sog. Katyner Sache übergeben wurden.

Er teilte mit, daß von seiner Gruppe die falsche Aufzeichnung Schelepins auf den Namen Chrustschows vom 3. März 1959 hergestellt worden seien. An der Herstellung des Textes sei Oberst Klimow unmittelbar beteiligt gewesen.

Nach seinen Worten wurde nach Nagornyj die notwendige Bestellung geliefert, sowie der Text für das Dokument, welches herzustellen bzw. einem existierenden Archivadokument hinzuzufügen war und die Unterschrift dieses oder jenes Beamten, die unter oder über einem Text ergänzt werden sollte.

Nach seiner Information arbeitete an der inhaltlichen Herstellung der Texte eine Gruppe von Personen, zu der angeblich der ehemalige Leiter des Russischen Archivs, Pichoja, gehörte, der dem ersten russischen Präsidenten M. Poltoranin nahestand. Dabei wurde auch der Name des ersten Stellvertreters des Leiters des Sicherheitsdienstes des Präsidenten G. Rogosin genannt.

Die Gruppe soll bis zum Jahre 1996 in Nagornyj gearbeitet haben und sei dann in die Siedlung Sa-

rechje versetzt worden.

Es sei ihm bekannt, daß mit den Archivdokumenten derselben Quelle auch die Mitarbeiter des 6. Institutes (Moltschanow) des Generalstabes der Streitkräfte Russischer Föderation arbeiteten.

Er behauptet, daß für diese Periode in den russischen Archiven Hunderte falscher historischer Dokumente eingefügt worden seien, und ebenso viele mittels Eintragung von verzerrten Nachrichten und mittels Fälschung von Unterschriften verfälscht worden seien. Zur Bestätigung des Gesagten legte der Gesprächspartner eine Reihe von Formularen aus den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts vor, sowie gefälschte Stempelabdrucke, Unterschriften usw. Er versprach, weitere Materialien vorzustellen. Gleichzeitig erklärte er, daß bei ihm die öffentliche Vorstellung dieser oder jener Archivdokumente als glaubwürdig immer öfter Ironie hervorrufe, obwohl ihre Verfälschung die "Handschrift" der genannte Personengruppe trage.

Sehr geehrter Gennadij Andrejewitsch, ich nehme an, daß in der Mitteilung des Gesprächspartners ein Anteil von Wahrheit enthalten ist. Ich verweise zum Beispiel darauf, daß von russischen Gelehrten, insbesondere vom Historiker Dr. M. Meltjuchow, schon die Fälschung der "Testamente W.I. Lenins", der Dokumente, die mit dem Thronverzicht Nikolais II. verbunden sind, und andere ähnliche Tatsachen, bewiesen wurden.

Die Frage ist mehr als wichtig. Sie ist mit der völligen Diskreditierung der Bedeutsamkeit der russischen Archive, der darin aufbewahrten Dokumente, und ganz wesentlich mit der Diskreditierung unserer einheimischen Geschichte verbunden.

Man muß die Arbeit an der Erforschung des vorliegenden Problems fortsetzen und dazu unsere Historiker heranziehen.

Die Frage der russischen Regierung vorzulegen, halte ich für verfrüht.

Sie wird nach Ihrem Ermessen mitgeteilt.

W.I. Iljuchin

26.05.2010

An Gen. G.A. Sjuganow

Sehr geehrter Gennadij Andrejewitsch!

In Ergänzung zu meinem Schreiben vom 26. Mai 2010 teile ich mit, daß ich die Kontakte zu der Person, welche erklärte, an der Fälschung der Archivdokumente aus der sowjetischen Periode teilgenommen zu haben, fortgesetzt habe.

Wie er behauptet, sei ihnen die Archivsache Spezialbestand 29 Bd. 7 "Korrespondenz des NKGB, NKWD mit dem ZK der Allunions-KP (B) im Zeitraum vom 02.01.1941 bis 05.05.1941 Über die Vorbereitung Deutschlands auf den Krieg gegen die UdSSR" (Bestand 9) vorgestellt worden. Die Akte sei auf 202 Blättern, dem Verzeichnis nach am 30. August 1944 eingeordnet. Auf dem Umschlag der Akte befinden sich folgende Notizen: "Für ewig aufzubewahren. Unterliegt nicht dem Verschluß".

Nach seiner Aussage habe sich die angegebene Archivsache im Zusammenhang mit seiner Teilnahme an der Fälschung der historischen Dokumente der Gruppe der Spezialisten Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts bei ihm in Arbeit befunden. Die Archivmaterialien waren ihnen frei zugänglich. Viele Dokumente seien ohne jegliche Berücksichtigung und Kontrolle ihrer Bewegung nach Nagornyj gebracht worden. Ihr Erhalt wurde nicht durch irgendwelche Quittungen und Aufbewahrungsverpflichtungen fixiert.

In der Akte seien tatsächlich 202 Blätter der Korrespondenz mit Stalin, schriftliche Berichte der Leiter des NKWD, des NKGB der UdSSR, der Ukraine und der Grenzdienste, und ebenso einige Direktivmitteilungen eingeordnet gewesen. Der vorliegende Band sei nach Meinung der Quelle Anfang der 90er Jahre aus dem Archiv mit dem einen Ziel entnommen worden, um einen hergestellten schriftlichen Bericht im Namen des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR, Marschall der Sowjetunion S. Timoschenko, und des Generalstabs-Chefs der Roten Armee, Armeegeneral G. Shukows, einzufügen. Der Verfasser der Aufzeichnungen sei Generalmajor Wasiljewskij gewesen.

Die Aufzeichnung befindet sich tatsächlich auf den Blättern der Akte unter den laufenden Nummern 0072-0081 mit dem Namensstempel "Besondere Wichtigkeit", "Streng geheim" und ist datiert auf den 11. März 1941.

In der Aufzeichnung wird eine Einschätzung der politischen Atmosphäre in Europa gegeben mit Vorschlägen, die besondere Aufmerksamkeit der Verteidigung unserer westlichen Grenzen zuzuwenden. Es wird bemerkt, daß auf der Seite Deutschlands im Krieg gegen die UdSSR Finnland, Rumänien, Ungarn und andere Verbündete Hitlers hinzugezogen werden können. Es wird Verlegung unserer Truppenteile im Westen ange-

geben, mit Vorschlägen zu ihrer Verstärkung. Die Quelle erklärt, daß in der Akte in solcher Ordnung auch noch ein schriftlicher Bericht mit dem Namen Stalins vom 4. April 1941 (Nr. 961) mit den Unterschriften derselben, zuvor genannten Personen beigefügt worden sei, der in der Akte unter den laufenden Nummern 0109-0115 aufgeführt sei.

In der Aufzeichnung wird eine Charakteristik gegeben über den zahlenmäßigen Bestand der deutschen Armeen, die unweit der Grenzen der UdSSR entfaltet wurden. Es wird die Meinung ausgesprochen, daß Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion "in der nächsten überschaubaren Zukunft", die Fristen des Anfanges des Krieges "in den zwei nächsten Monaten bis zu einem Jahr" beginnen kann. Gleichzeitig wurden Ausmaße der Entfaltung der sowjetischen Armeen und die Führung des Krieges auf dem Territorien des Gegners vorgeschlagen.

Die Quelle erklärte, daß diese beiden gefälschten Dokumente (schriftlichen Berichte) bekannt seien, aller Wahrscheinlichkeit nach seien sie, wie er verstanden habe, hauptsächlich von Militärspezialisten des Generalstabes der Streitkräfte Russischen Föderation vorbereitet worden, um die Autorität und Bedeutsamkeit des Generalstabes der Roten Armee anzuheben.

Ich werde einen anderen Standpunkt aussprechen. Nach meiner Meinung wurden die Fälschungen in der Absicht hergestellt, um J. W. Stalin noch einmal zu diskreditieren, sie wurden eben im Zuge jener zügellosen propagandistischen Verleumdungskampagne gegen die sowjetischen Führung gemacht, die Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts besonders zynisch und offen geführt wurde und unvermindert bis jetzt andauert. Die Fälscher der historischen Tatsachen haben mit dem Inhalt der "schriftlichen Berichte" versucht zu suggerieren, daß J.W. Stalin über die Situation an den westlichen Grenzen der UdSSR, über den tatsächlich vorbereiteten Angriff informiert worden sei, er aber die Meinung des Generalstabes einfach ignoriert habe. Deshalb habe die Rote Armee und das gesamte Land in ersten zwei Jahres des Krieges solche großen Verluste erlitten.

Als Bestätigung meiner Version über die mögliche Legalisierung des falschen Dokumentes teile ich mit, daß der schriftliche Bericht in der Sammlung der Dokumente der "Organe der Staatssicherheit der UdSSR im Grossen Vaterländischen Krieg",

Bd.1, 2. Buch, Seite 49-54, Ausgabe vom 11. März 1941 A/O "Bücher und das Business", Moskau 1995, herausgegeben von der Akademie des Spionageabwehrdienstes (heute FSB) der Russischen Föderation veröffentlicht wurde.

Der Kontakt mit der Quelle festigt meine Überzeugung von der Wahrhaftigkeit seiner vielen Informationen über die Fälschung der Dokumente historischer Ereignisse großer Wichtigkeit immer mehr, aber ich meine, er hat bei weitem nicht alle Fälschungen mitgeteilt.

Ich halte es schon jetzt für angemessen, mit einer Zusammenstellung der Angaben für einen offiziellen Antrag des ZK (des Präsidiums) der KPRF über die Verfälschung der historischen Archiv-Dokumente zu beginnen.

W.I. Iljuchin

28.05.2010

Video: <http://www.youtube.com/> (russisch)
(http://www.youtube.com/watch?v=jRJzkIAKArQ&feature=player_embedded)

KOLLEGIN ! KOLLEGE !

**UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE
KPD/ML !**

**UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN AUF-
BAU DEINER ZEITUNG**

ROTER STERN

**SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM
KAPITALISMUS,
ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM ARBEITS-
PLATZ,
ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER
WOHNUNGSNOT,
MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,
ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !**

* * * * *

KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !

ROTER STERN

**IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,
SONDERN**

**EINE ZEITUNG VON UND FÜR
WERKTÄTIGE !**

JANUSKÖPFE...

Die zwei Gesichter des Kapitalismus

Karl Marx:

“Wer das Verhalten der Menschen ändern will, muß die Verhältnisse ändern.”

Die Welt, in der wir leben, hat zwei Gesichter. Janusköpfig tut sie sich in zwei Richtungen auf. Auf der einen Seite steht unermesslicher Reichtum und unvorstellbare Macht konzentriert in den Händen von wenigen - auf der anderen gibt es nur Not, Elend und Angst vor der Zukunft.

Arbeit, die Quelle allen Reichtums, dient der Profitmaximierung der schon Reichen. Ein roter Faden zieht sich durch die Klassen, die Unterdrückten müssen für die Herrschenden den Reichtum schaffen, während die Mächtigen ihre Macht für ihren Selbstzweck mißbraucht.

Die Mittel, die die Möglichkeit für eine neue Gesellschaft bieten, sind da. Die Abschaffung von Armut ist kein Problem mehr, sämtliche Bedingungen sind schon dafür in der kapitalistischen Welt vorhanden. Es ist nur noch ein Schritt zu einer Gesellschaft, die sich dem Wohl aller widmet.

Doch den Mächtigen geht es nicht um das Wohlergehen aller. Sie schreien nach Konkurrenz und Wettbewerb, täglich begegnen Millionen Werktätigen der kapitalistische Arbeitshetze, die das letzte aus ihnen rausholt - und das alles in einer Welt, die gemeinschaftlich aufgebaut wurde.

Die Freiheiten, die dem Individuum zugesprochen werden, werden ihm in selbem Schritt wieder genommen. Mit dem Tag, an dem das Individuum zur Wahl geht, nimmt es sich die Freiheit weiter mitzubestimmen.

Die Minderheit setzt sich selbst die Krone aufs Haupt und betrügt somit die Mehrheit. Sie schlängelt sich um alles, was sich zu Geld machen läßt. Mit ihren wirtschaftlichen Bestrebungen erpreßt sie die Regierungen, saugt die Menschen sowohl physisch als auch psychisch aus.

Sie eignet sich unsere Luft an, die wir einatmen, die Erde, auf der wir stehen, das Wasser, das wir trinken, und verkaufen sie wieder an uns. Die Interessen des Kapitals sind die Interessen einer verschwindend kleinen Minderheit, trotzdem werden in ihrem

Namen Kriege angefangen, Länder aufgeteilt und Sanktionen verordnet. Die Gesetze drücken Willen und Interessen der herrschenden Klasse aus und werden zu unterdrückenden Regeln für alle anderen. Die Existenzgrundlagen sind in den Händen der Monopole und sie können den Individuen jederzeit entzogen werden. Wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt, die Schlüssel zum Gemeinwohl, sind zu Synonymen für Verelendung und Existenzangst geworden.

Während es noch heute vielen gut geht, ändert sich die Lage schon morgen. Der Zyklus des Kapitals sucht sich immer mehr Opfer aus, immer weniger Gewinner und immer mehr Verlierer.

Eine Zukunft ist im kapitalistischen System nur dem Zufall gelassen. Zukunft hat nur das, was rentabel ist, und rentabel ist nur das, was möglichst hohe Profite bringt.

Die kapitalistische Welt steht auf dem Kopf. Gleichheit wird auf Ungleichheit angewandt, Recht bedeutet Ungerechtigkeit, Demokratie bedeutet die Herrschaft des Geldes, die Gesellschaft ist die Summe der atomisierten Individuen.

Der menschliche Körper gehört dem Staat und dem Profit. Alenfalls der menschliche Geist ist frei - alles andere aber nicht.

Sind es nicht die Arbeiter, die allen Reichtum geschaffen haben und täglich schaffen?

Sie haben dieses Land aufgebaut, in dem sich ein wahrhaft überflüssiger Haufen von Banken, Versicherungen, Spekulanten, Börsenschiebern Jahr für Jahr einen Großteil des Volkseinkommens aneignen kann - um dabei auch noch den Arbeiter zu verhöhnen mit der Behauptung, wir lebten nicht mehr in einer Arbeitsgesellschaft, sondern in einer “Dienstleistungsgesellschaft”, einer “Informationsgesellschaft” oder sonst einem derartigen Unsinn!

Den ganzen Reichtum schaffen die Arbeiter. Sie bauen Maschinen, Computer und Industrieroboter, und sie haben damit die notwendige Zeit, Steinkohle

zu fördern, Rohstahl zu schmelzen, Autos und Bahnen zu bauen und Elektrizität ins Land zu schicken, verkürzt - ein Segen!

Aber sie lassen die Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten - da wird der Segen zum Fluch.

Die freie Zeit, die der Arbeiter geschaffen hat, das bedeutet im Kapitalismus eben nicht mehr Produktion notwendiger Güter, bedeutet auch nicht mehr Zeit für Kultur, Erholung und Bildung. Freie Zeit, das sind - überschüssige Proleten! Die freie Zeit hat Namen, Anschriften und Gesichter. Es sind "freie" Menschen, dem Kapitalismus überzählige Esser. Die freie Zeit, sie trägt die Namen von Millionen Erwerbslosen, die Anschriften von Millionen Sozialhilfeberechtigten, die Gesichter von Millionen Kindern und Jugendlichen, die von Hartz IV, Sozialhilfe leben.

Das Kapital braucht den einzelnen Arbeiter, und wo seiner zu viele sind, gebraucht es ihn so, wie es ihn eben billig bekommen kann: als Tagelöhner, Zeitarbeiter, 1€-Jobber, als Überausgebeuteten, der mit seinen Milliarden Überstunden pro Jahr weitere Klassengenossen außer Brot setzt. Ein Werkzeug lege ich wenigstens in die Werkzeugkiste, wenn ich es nicht mehr brauche - einen Arbeiter schmeiße ich weg, wenn ich ihn nicht mehr brauche..

"Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" wird auf kapitalistisch neu buchstabiert: wessen Arbeitskraft vom Kapital nicht mehr gebraucht wird, der soll auch nicht essen, soll nicht mehr gesund werden, nicht trocken wohnen.

Jetzt soll Geld von der Krankenkasse nur noch fließen, wenn die Krankheit die Arbeitskraft "gravierend schädigt", ansonsten zahlt der Prolet die Kosten ganz privat, also gleich zweimal. (Braucht man am Fließband Zähne? Na also, keine "gravierende Schädigung"!)

Wer überflüssig, wer zuviel ist, dessen Bedürfnisse werden in den Wind geschrieben, für den soll es keine Gesundheit geben, keine Rente, keine Bahn für's Volk, keine saubere Luft, kein reines Wasser. Schau dich um und mach mit der Liste weiter. Da steht dann doch nur eins: du zählst nicht mehr.

Das "Gemeinwesen" wird den Produktionsmittelbesitzern zu einem gemeinen Wesen, für das man keinen Euro übrig hat, außer für einen Gewaltenapparat, um das Volk von der Revolte abzuhalten, und eine Wehrmacht, die Krieg führt und sich auf

neue Kriege vorbereitet.

Der Nationalismus, der Rassismus, das großdeutsche Herrenmenschentum, es fängt so nicht da an, wo Menschen anderer Hautfarbe totgeschlagen werden. Beim Arbeiter fängt das früher an. Es fängt da an, wo das Bewußtsein der eigenen Klasse und der Stolz der eigenen Klasse aufhören. Da fängt der "Nationalstolz" an. Da bleibt dir dann nichts anderes mehr zum darauf Stolzsein als eben das: ein Deutscher zu sein. Eine Arbeit oder Rente hast du davon nicht. Aber vielleicht eine Medaille wie die, die das Kriegsministerium für seine verdienten Kämpfer entworfen hat "Wir Deutschen fürchten Gott und sonst niemand auf der Welt." Damit kannst du dann klimpern, wenn du deine Nummer im Arbeitsamt gezogen hast.

Was die Kapitalisten fürchten

Die Kapitalisten fürchten nicht den Arbeiter. Der einzelne Arbeiter ist nichts im Kapitalismus. **Sie fürchten die Arbeiterklasse.** *"Eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche die absolute Anzahl der Arbeiter verminderte, d.h. in der Tat die ganze Nation befähigte, in einem geringeren Zeitteil ihre Gesamtproduktion zu vollziehen, würde Revolution herbeiführen, weil sie die Mehrzahl der Bevölkerung außer Kurs setzen würde."* (Karl Marx) Die Kapitalisten wissen das, es wird unweigerlich so kommen.

Solange den Kapitalisten die Fabriken gehören, s-iegen die Arbeiter stets nur vorübergehend. Solche Siege machen den Kapitalisten keine große Angst. So an die zweihundert Jahre haben die Arbeiter in Deutschland ihnen gelassen, ihre Erfahrungen zu sammeln: wie sie den Arbeitern jeden kleinen Erfolg wieder entwinden, ihn umdrehen und zu einem Sieg der Geldsäcke machen.

Was die Kapitalisten fürchten, ist: daß die Arbeiter eben dies erkennen und ihre Konsequenzen ziehen, sich organisieren und die Macht im Staate übernehmen. Das fürchten die Herren noch nach der Commune von Paris, das fürchten sie noch nach der russischen Oktoberrevolution!

Die Arbeiter haben stets nur im organisierten Kampf etwas gewonnen. Was man so großartig Reformen nennt - wann war es denn je etwas anderes als das Abfallprodukt weit größerer Schlachten?

Für den Sozialismus

Mehr als ein Jahrhundert lang mit zwei Weltkriegen und einer niedergeschlagene Arbeiterrevolution in Deutschland hatte eine Klasse, zu der immer noch Namen wie Krupp, Flick, Deutsche Bank, Siemens usw. gehören, Zeit zu beweisen, daß die Gesellschaft mit ihr leben kann. Genau das Gegenteil hat sie bewiesen: daß der Arbeiter mit ihr nur sterben, leben aber nur gegen sie kann. Eine Klasse, die nur lebt, weil sie möglichst viele und immer mehr für sich arbeiten läßt, die in der Konkurrenz aber nur überleben kann, wenn sie möglichst viele davon wieder auf die Straße wirft - eine solche Klasse kann nicht anders. Das ist keine Ausnahmesituation, das sind nicht moralisch skrupellose Einzelvertreter - so sah Kapitalismus in der Vergangenheit aus und so sieht er in der Gegenwart und in der Zukunft aus.

Die Arbeiterzukunft aber braucht Unversöhnlichkeit und Organisation. Sie braucht die Organisierung der Unversöhnlichkeit in und durch die Gewerkschaften, die niemand anders als die Klasse selbst wieder zu Kampforganisationen machen kann. Organisationen, geführt von unseresgleichen, von Arbeitern.

Die Arbeiter brauchen Gewerkschaften, die ihren Zweck nicht im Kleinkrieg gegen die Wirkungen des Lohnsystems begreifen, sondern im Kampf um eine Zukunft, in der der vom Arbeiter geschaffene Reichtum ihm nicht zum Fluch wird; in dem die freie Zeit zum Raum für menschliche Entwicklung wird und der Krieg nicht mehr zum Mörder an dem, den die Kapitalverwertung als überflüssigen Esser ausspeit.

Die Notwendigkeit der kommunistischen Partei

Die Millionen der Arbeiter freilich, die unorganisiert als Klasse nicht einmal wahrgenommen, geschweige denn respektiert werden, die brauchen die Arbeiterpartei aufs Dringendste. Sie brauchen keine Parteien, die die rote Fahne der Arbeiterbewegung immer nur dann mitschwenken, wenn der Bourgeoisie das Wasser bis zum Hals steht, um sie dann bei sinkendem Wasserstand schnellstens den Arbeitern zu entreißen und sie wieder einzurollen und durch die orangefarbene Fahne der Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten oder den schmutziggrauen Fetzen des sogenannten "Dritten Wegs" zu ersetzen. Die

Arbeiter brauchen eine eigene Partei, nur bezahlt von den Arbeitern und nur ihnen verantwortlich, mit keinen anderen Interessen und keiner anderen Zukunft als die der Klasse, die kommunistische Partei. Die Kommunisten, auch das ist eine Lehre aus der Geschichte unserer Klasse, sind unerläßlich. Auch und gerade dazu, daß die Massenorganisation der Arbeiter, die Gewerkschaft, nicht zur Farce wird, nicht ersäuft und verendet in Paktiererei und Kompromißblerei.

Die Arbeiterzukunft ist Sozialismus und Frieden, eine andere haben wir nicht. Für den schnellsten Weg dahin, für ihren Anstand, ihren Stolz und ihre Würde brauchen die Arbeiter ihre Partei. Da heißt es nicht: "Man müßte eine kommunistische Partei haben!" Du mußt sie wieder haben wollen. Du mußt helfen, sie wieder aufzubauen. Du mußt Mitglied werden. Erkundige dich nach dem Kommunismus.

Die Zukunft der Arbeiter braucht kämpferische Gewerkschaften, braucht die kommunistische Partei, braucht die besten Köpfe und zupackende Hände der eigenen Klasse.

Also auch deinen Kopf und deine Hände!

Der Sozialismus - nur eine schöne Wunschtraum? Das hat schon **Friedrich Engels** widerlegt in seiner Schrift:

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, zu beziehen für 1 € über

kontakt@kpd-ml.org

**Solidarität
ist unsere
stärkste Waffe!**

**Rote
Hilfe**

zentrales spendenkonto: kontakt: www.rote-hilfe.de

rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

Lug, Betrug und Fälschungen - Grundlagen einer Ausbeuter- und Unterdrückergesellschaft

In einem Flugblatt zum 3. Oktober, dem Tag des Beitritts der DDR zur BRD, heißt es u.a.:

”Dass die herrschende Klasse aber lügen muss, ist darin begründet, dass die historische Wahrheit ihren Interessen widerspricht und den objektiven Interessen der werktätigen Massen entspricht. Eine entartete SED musste folglich denselben Weg gehen wie bürgerliche Kräfte: Das Volk belügen. Für eine reaktionäre Partei war es nur logisch einen riesigen Überwachungsapparat (Stasi) zu installieren...” (KPD/ML)

Die Fälschung als Waffe der Bourgeoisie

Als die deutsche Arbeiterbewegung ihre ersten unsicheren Schritte tat, da wurde 1846 gegen die schlesischen Weber und ihren berühmt gewordenen Aufstand ein gewisser Polizeirat Stieber als Spitzel eingesetzt.

Hohenzollern-König Friedrich-Wilhelm IV. von Preußen verfolgte dessen Tätigkeit mit Befriedigung und kam später auf “einen Gedanken..., den ich nicht gerade unter die lautereren klassifizieren will. Nämlich den, ob Stieber nicht eine kostbare Persönlichkeit ist, das Gewebe der Befreiungsschwörung zu entfalten und dem preußischen Publikum das lange und gerecht ersehnte Schauspiel eines aufgedeckten und (vor allem) bestraften Komplotts zu geben? Eilen Sie also mit Stiebers Anstellung und lassen Sie ihn sein Probestück machen. Ich glaube, der Gedanke ist folgenreich, und ich lege großen Wert auf seine sofortige Realisierung.” (Zitiert in: Karl Marx: Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 165.)

Hundert Stunden, nachdem der Minister von Mantuffel diesen am 11. November 1850 an ihn gerichteten Brief Seiner Majestät erhalten hatte, war Stieber schon zum Chef der Berliner Politischen Polizei ernannt und brachte es in seiner Karriere noch bis zum Leiter des Spionageapparates von ganz Preußen. Denn inzwischen hatte er sein “Probestück” geliefert, als er elf Mitglieder des Kommunistenbundes anderthalb Jahre lang in Untersuchungshaft sperrte, die Zwischenzeit zu umfangreicher Fabrikation verschwörerischer Dokumente benutzte und dann den berühmten Kölner Kommunistenprozess aufzog.

Der emsige Stieber stellte in großer Zahl Reden, Instruktionen und Briefe her, darunter sol-

che von Karl Marx, durch die bewiesen werden sollte, dass der Kommunistenbund Unruhen, Aufstände und die Revolution sozusagen für den nächsten Morgen um 7 Uhr vorbereitete.

Karl Marx und Friedrich Engels opferten damals im Londoner Exil viel Zeit und Mühe, um das aus tausend Fälschungen gewirkte Netz zu zerfetzen. In seinen “Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln” entlarvte Marx die ganze Nichtswürdigkeit der von Stieber und seinem Spießgesellen Hirsch zusammengebrauten Dokumente. Friedrich Engels schrieb über sie in einem Artikel 1852: “Der Inhalt dieser Berichte war im höchsten Maße absurd; kein einziger Vorname war richtig, kein einziger Name war richtig geschrieben, keine einzige Person ließ Hirsch so sprechen, wie sie wirklich gesprochen hätte.”

(Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. H, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 465.) Die von Stieber entwickelten Methoden nahm sich die Reaktion zum Vorbild bei ihrer Behandlung der Arbeiterbewegung. Bismarck benutzte sie, als er die Begründung für sein “Sozialistengesetz” zusammenstümperte. Und die Sozialdemokratische Partei musste sich Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts immer wieder jener geradezu System gewordenen Fälschungen durch Polizei und Unternehmerverbände erwehren.

Nach dem ersten Weltkrieg antwortete auf das Entstehen und das schnelle Wachstum der kommunistischen Parteien ein wilder Terror. Die Ohnmacht ihrer politischen Argumente trieb die internationale und vor allem die deutsche Reaktion zu Taten, die sie von Rechts wegen mit allen Paragraphen des Strafgesetzbuches in Konflikt hätte bringen müssen. Da man die Kommunisten außerhalb des Gesetzes stellte, glaubte man, sie als gesetzlos

behandeln zu können. An die Seite der Massenmorde, wie sie im Deutschland der Jahre 1919 und 1920 typisch waren, trat die Anwendung infamer Fälschungen, mit denen man die Partei der Arbeiterklasse und ihre Funktionäre entehren und das Volk gegen sie aufbringen wollte.

Ein neues Tätigkeitsfeld eröffnete sich durch die Bekämpfung jener Sektion der internationalen Arbeiterklasse, die den Feind geschlagen und sich als sozialistische Staatsmacht konstituiert hatte. Gegen Sowjetrußland und später die Sowjetunion brandete ununterbrochen eine Schmutzwelle von Verleumdungen und Fälschungen.

Es gab in den Hauptstädten des kapitalistischen Europas von Riga und Helsinki bis Berlin und Paris Personen und Gruppen, hauptsächlich russische Emigranten, die von nichts anderem als der Herstellung erdichteter Befehle und Anweisungen lebten, die man auf selbst hergestellten Kopfbogen sowjetischer Dienststellen und der Kommunistischen Internationale schrieb und oft sogar in komplizierten Code brachte, um den Schein der Echtheit und Glaubwürdigkeit noch zu verstärken. Diese Dokumente, an die Regierungsbehörden der kapitalistischen Länder verhökert, dienten als "Beweisstücke" für angebliche Interventionen der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und wurden zur Verschärfung der internationalen Lage und zur Verfolgung der Kommunisten in den kapitalistischen Ländern benutzt. Zur Schande der Weimarer Republik muss gesagt werden, dass nirgendwo die Freizügigkeit dieser Fälscher so groß, ihr Gewerbe so geschützt und begünstigt und ihre Zusammenarbeit mit der Politischen Polizei und anderen Regierungsbehörden so eng war wie in Deutschland. Die Beweise lieferten die Dokumenten- und Tscherwonzenfälscher-Affären. Hier brachen Eiterbeulen auf, denen der Fäulnisgestank einer Gesellschaft entströmte, die gegen die aufstrebende Arbeiterwelt kein anderes Mittel mehr weiß als die Mobilmachung der Unterwelt.

Lügen als vierte Macht

Zu den streng behüteten Geheimnissen in Nazi-Deutschland gehörte das "Büro Concordia". Diese Dienststelle war eine jener Giftküchen, in denen die geistige Munition für Hetze und Verleumdung gegen die Staaten geformt wurde, die mit Nazi-Deutschland im Krieg standen. Neben den 22 offiziellen Fremdsprachendiensten des "Großdeutschen Rundfunks" liefen auch Sendungen mit Geheim-

sendern, die vorgaben, in Großbritannien und Frankreich zu stehen. Diese Vortäuschung sollte die Glaubwürdigkeit der ausgestrahlten Programme im Ausland erhöhen. Die Geheimsender tarnen als "Patrioten" auf, besorgt um das Schicksal des Landes, wobei sie vorhandene Gefühle der Besorgnis und der Angst bis zur Panik zu potenzieren versuchten. Star des Geheimsenders, der Sender der in der Berliner-Masurenallee stand und vorgab aus England zu senden, war der britische Faschist William Joyce. (nach BBC umfragen hörten diesen Sender rund 15% der Briten). Joyce schien über alles informiert zu sein. Er nannte mehrfach Ortsnamen in England, gab dort Gebäude mit Uhren an und sagte jeweils, um wie viel Minuten sie falsch gingen. Er deutete interne Kenntnisse über Fabriken und Büros an. Informationsgrundlage waren englische Zeitungen und Abhörberichte.

Die größten Propagandaanstrengungen galten Frankreich. "La Voix de la Paix" (Stimme des Friedens) - nannte sich einer der Nazisender, der vorgab, Sprachrohr französischer "Patrioten" zu sein und irgendwo in Frankreich zu stehen. Hinter ihm stünde eine große Untergrundorganisation, die sich um die Sicherheit, die Wohlfahrt und die Zukunft Frankreichs große Sorge mache. Man prangerte Missstände an. "Radio Humanite" nannte sich ein anderer Geheimsender, der sich als Organ französischer Kommunisten ausgab und unter dieser Tarnung pseudokommunistische Parolen verbreitete, die Verwirrung stiften sollten.

Das "Protokoll M"

Am 15. Dezember 1947 hatten die Außenminister der USA, Englands und Frankreichs die Londoner Deutschland-Konferenz mit dem sowjetischen Außenminister abgebrochen, nachdem sie alle seine Anträge auf den Empfang von Delegationen aus beiden Teilen Deutschlands und auf Errichtung zentraler deutscher Regierungsbehörden niedergestimmt hatten. Sie ließen die Konferenz auffliegen, weil sie keinen Schritt zur deutschen Einheit tun wollten und hinter den Kulissen schon emsig mit der Organisierung der Spaltung Deutschlands beschäftigt waren. Sie bedurften dieser Spaltung, um unter Bruch der von ihnen selbst eingegangenen Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens der Demokratisierung in Deutschland den Todesstoß zu versetzen und in den westlichen Besatzungszonen die alten, verbrecherischen deutschen Imperialisten wieder in

den Regierungssattel zu heben. Die Londoner Konferenz hatte offenbart, wem die Einheit und wem die Spaltung Deutschlands am Herzen lag. Darum machte das Verhalten der Außenminister der Weststaaten in der deutschen Öffentlichkeit verheerenden Eindruck. Das Prestige der Westmächte sank auf den Tiefpunkt. Das war der Augenblick, in dem eine Provokation riesigen Stils losgelassen wurde. Am 15. und 16. Januar 1948 erschien unter der Überschrift "Der Kominformplan für Westdeutschland" zuerst in Westberlin ("Der Kurier" vom 15. Januar 1948) und dann in der gesamten Westpresse ein Dokument, das als "Protokoll M" in die Geschichte eingegangen ist. In einer Tonart, die den Kommunisten absolut fremd ist, wurde die Vorbereitung des Generalstreiks im Ruhrgebiet angeordnet und ein "Exekutivkomitee für die Aktion Ruhr" ernannt, das Anfang März den Kampf entfesseln sollte. Natürlich vergaß man nicht hinzuzufügen, dass das Kommunistische Informationsbüro den Kampf koordinieren und dass die Sowjetunion ihn "mit allen und jedem Mittel unterstützen kann und wird". Mit Pauken und Trompeten und Blocküberschriften publizierte die Presse

sche Außenministerium, "dass kein Grund zu einem Zweifel an der Echtheit des Protokolls M bestehen könne". Genau ein Vierteljahr später hatte sich die große Lüge ihre kurzen Beinchen abgelaufen. Aus London wurde von Reuter unter dem 19. April gemeldet: "Staatsminister McNeill sagte am Montag im Unterhause, die britische Regierung hege nunmehr Zweifel an der Echtheit des 'Protokolls M'. Eingehende Untersuchungen hätten auf die Spur eines Deutschen geführt, der sich als Verfasser dieses Dokuments bezeichnet habe... Außenminister Bevin fügte hinzu, auch er müsse nunmehr an der Echtheit zweifeln."

Fließband der Fälschung

"Humanitäre Organisationen" wie die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" oder "Freiheitliche Juristen", was sie so trieben offenbarten die Mitteilungen einiger ihrer führenden in die DDR übergetretenen Mitarbeiter sowie Prozesse in beiden Teilen Berlins. Es stellte sich heraus, dass die KGU seit 1951 Massenfälschungen von Geld, von Lebensmittelmarken und von Dienstanweisungen der DDR-Behörden betrieb, um im wirtschaftlichen und staatlichen Leben der DDR anarchische Zustände zu schaffen. Man fabrizierte Kopfbogen und Stempel von Firmen und Ministerien und die Unterschriften leitender Funktionäre. Da teilten DIA-Stellen ihren ausländischen Geschäftspartnern mit, dass zugesagte Lieferungen nicht durchgeführt werden können-natürlich stimmte kein Wort; die Briefe waren im KGU-Hauptquartier auf gestohlenen und gefälschten Bogen geschrieben und im Ost-Sektor Berlins in den Briefkasten geworfen worden. Die Deutsche Notenbank sandte im Frühjahr 1953 an mehrere ihrer Zweigbanken telegrafische Anweisungen, sofort größere Geldbeträge an eine Reihe von Betrieben auszuzahlen. Wirklicher Absender dieser Telegramme war die KGU, die den Staatshaushalt der DDR durcheinanderbringen, den Finanzplan sabotieren und Unsicherheit im Zahlungsverkehr der Banken schaffen wollte. Um die Versorgung der Bevölkerung der DDR zu stören und dadurch Unzufriedenheit gegen die Regierung zu wecken, wurden zwischen 1952 und 1955 von der KGU Lebensmittel- und Kohlenkarten der DDR in rauen Mengen nachgedruckt und diese Fälschungen in den Verkehr gebracht. "Wir haben", erklärte einmal der führende KGU-Organisator Paulsen, "für 50 Tonnen Lebensmittel gefälschte Reisemarken gedruckt. Die im Osten werden sich ganz schön wundern, wenn



des Westens das Machwerk. So erklärte das briti-

ihr Kram nicht ausreicht, um die Marken zu beliefern. Die werden ihre Pläne bald aufgeben müssen.“ Als im Januar/Februar 1954 die historische Außenministerkonferenz in Berlin stattfand, rühmte sich der U S A-Außenminister Dulles, dass er mit Tausenden von Briefen aus der DDR überschüttet werde, die sich erbittert gegen die SED und die Regierung der DDR wenden und ihn auffordern, auf die Vorschläge der Sowjetregierung nicht einzugehen, sondern die “Politik der Stärke” fortzusetzen. Presse und Rundfunk Westberlins und Westdeutschlands machten viel Wesens um diese Briefe und erläuterten ihren Inhalt als die Stimme des Volkes. Anderthalb Jahre später erfuhr die Welt von dem auf Ostberliner Boden übergetretenen KgU-Hauptagenten Rupprecht Wagner, dass das ganze politische und technische Personal der KgU samt Familienanhang diese Briefe verfasste, so dass zehntausend bis zwölftausend Schreiben zusammenkamen, die im Ost-Sektor Berlins in Briefkästen gesteckt wurden, um ihnen den Schein der Echtheit zu geben. Jeder “Autor” erhielt ein bescheidenes, aber doch ermunterndes Honorar.

Ein Jahr nach der Störaktion gegen die Viererkonferenz der Außenminister stand der Bundestag vor der folgenschweren Entscheidung über die Pariser Verträge. Es ging darum, ob die Westzone sich der Kriegsallianz der NATO anschließen werde oder nicht. Jedem Einsichtigen war klar, dass damit von Bonn aus das Tor zur Wiedervereinigung Deutschlands zugeschlagen werden würde, zumal die sogenannte Bindungsklausel der Pariser Verträge vorsieht, dass auch ein wiedervereinigtes Deutschland an ihre Erfüllung, das heißt an die NATO, gebunden ist. Groß waren die Bedenken und Widerstände in Westdeutschland. Wie konnte man sie überwinden? In diesem Augenblick erhielten Anfang Februar 1955 die Chefs der KgU von ihren amerikanischen Kommandanten und aus dem Bundeskanzleramt einen entsprechenden Wink. Sie traten sofort in Aktion und produzierten innerhalb von 14 Tagen 38 Briefe des Präsidenten des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Professor Dr. Correns, an Bundestagsabgeordnete sowie fünf Fotokopien eines Briefes von Walter Ulbricht, die an Heuss, Adenauer, das Bundespresseamt und die Parteileitungen der CDU und FDP in Bonn geschickt wurden. Der Brief des Ersten Sekretärs des ZK der SED war an den Nationalrat der Nationalen Front

gerichtet. Unter der Überschrift “Betrifft Agitation in der Bundesrepublik vor der Ratifizierung der Pariser Verträge” gibt dieser Brief den angeblichen Inhalt einer angeblichen Sitzung des Politbüros des ZK der SED wieder und schließt mit der Forderung, dass “die Bundestagsabgeordneten durch persönliche Schreiben zur Enthaltung ihrer Stimme aufzufordern sind” und dass eventuelle Verhandlungen mit westdeutschen Abgeordneten das Ziel haben müssten, dass “unsere Errungenschaften nach Westdeutschland übertragen werden”. Der Brief Ulbrichts war vom 14. Februar, die Briefflut Professor Correns vom 17. Februar datiert.

Was sollte damit bezweckt und erreicht werden?

Es musste der Eindruck erweckt werden, dass die Briefe von Correns auf Befehl von Walter Ulbricht geschrieben wurden, dass es der DDR in Wirklichkeit darum ging, Westdeutschland das sozialistische System aufzuzwingen, und dass der Kampf gegen die Pariser Verträge nur ein Vorwand sei. Alle diese Schreiben erreichten ihre Empfänger in der Westzone. Was sie nicht erhielten, war eine Aktennotiz über diese Briefaktion, verfasst von der Leitung der Westberliner KgU. Dieses Dokument hat einen so sensationellen, die Fälscher völlig überführenden Charakter:

“E-Bericht Berlin, den 23. Februar 1955

19 Uhr Westberlin Betrifft: Psychologische Störung Stand: 17. bis 19.2.1955 Anzahl: 43 Briefe Was ist veranlasst:

Um die Aktivität der oppositionellen Kräfte in der Bundesrepublik gegen die Pariser Verträge zu schwächen, wurde folgende Aktion durchgeführt: a) Am 17. 2. 1955 wurde 38 Bundestagsabgeordneten ein psychologisches Störschreiben auf Kopfbogen des Nationalrates der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands zugeschickt. Dieses Schreiben soll die Echtheit der Fotokopie untermauern.

b) Am 19. 2. 1955 wurden dem Bundeskanzler, dem Bundespräsidenten, dem Bundespresseamt, der Landesleitung der CDU und der FDP je eine Fotokopie des angeblichen Schreibens des ZK der SED an den Nationalrat der Nationalen Front zugeschickt. Die Fotokopien wurden mit einem handgeschriebenen Brief zusammen verschickt. Versand der Briefe erfolgte über Westberliner

Postämter. Zweck: Durch die Fotokopien sollen den Koalitionsparteien zur Bundestagsdebatte Argumente gegen die Opposition in die Hände gespielt werden. Resonanz: Nicht bekannt!”

Auf diese von einer antikommunistischen Tageszeitung Westdeutschlands veröffentlichte Enthüllung hat die KgU mit keinem Worte reagiert. Ihr Schweigen ist ein Geständnis dieser Organisation. Sie hat, wie so vieles andere, auch die Briefe von Ulbricht und Correns fabriziert.

Geistige und physische Vergiftung und Vernichtung gehen zusammen. Das KgU-Mitglied Buriak wurde von dem Obersten Gericht der DDR überführt, die Sprengung der Eisenbahnbrücke in Erkner bei Berlin im Augenblick ihrer Überquerung durch einen Personenzug vorbereitet zu haben, vorbereitet auf Kommando der KgU-Zentrale in Westberlin. Der Chef-Chemiker der KgU, Wolfgang Kaiser, sagte 1952 vor demselben Gericht aus, dass er das aus dem Körpersaft der spanischen Fliege gewonnene tödliche Gift Kantharidin besorgt habe, um damit Lebensmittel und Zigaretten zu präparieren, die an bekannte Persönlichkeiten der DDR verschickt werden sollten. Auf dem Leipziger Schlachthof hat der KgU-Söldling Schöbe Fleischvergiftungen mit Kantharidin vorgenommen.

Verwirrung stiften: Methode bürgerlich-revisionistischer Geheimdienste

Um Verwirrung zu stiften wählte die Bourgeoisie auch den Weg “Trojaner” aufzuziehen. So wurde z.B. Anfang der 50er Jahre in der BRD versucht eine “Freien Kommunistischen Partei Deutschlands” aufzubauen. Die Führungsriege bestand überwiegend aus Agenten.

In der revisionistischen DDR wurde massiv an Zersetzungsmaßnahmen gearbeitet. So wurde z.B. Ende der 70er Jahre eine Berliner-KPD-Sektion DDR Zelle ausschliesslich aus MfS-Mitarbeitern (IM's) aufgebaut und in “die illegale Partei eingeschleust. Sie leistete auch eine gewisse “verbotene”, d.h. illegale Tätigkeit um nicht enttarnt zu werden. In der BRD wiederum wurden Flugblätter der KPD/ML von den Geheimdiensten gefälscht, um die Partei zu diskreditieren.

Kritik und Selbstkritik - ein Entwicklungsgesetz der Kommunistischen Partei

“... Nur solche Parteien, die restlos an das Volk glauben und denen das Volk unbegrenztes Ver-

trauen schenkt, können die millionenköpfigen Volksmassen zur Revolution führen, die unausbleiblich mit gewaltigen Opfern verbunden ist ... Kritik und Selbstkritik sind jene revolutionären Waffen, jene erprobte Methode, mit der die marxistischen Parteien alles Fremde, alles bürgerliche, das noch in ihren Reihen eindringt, schonungslos vertreiben. Kritik und Selbstkritik sind nur revolutionären, marxistisch-leninistischen Parteien eigen.

Die Kommunistischen Parteien unterscheiden sich insbesondere dadurch von den reformistischen, sozialdemokratischen, rechtssozialistischen Parteien, dass sie akut gewordene Fragen niemals umgehen, sie nicht vertuschen und nicht verkleistern, sondern stets offen, gründlich und prinzipiell ihre Fehler aufdecken und kritisieren, aus der Kritik und Selbstkritik neue Kräfte, neue Energie für die Verbesserung ihrer Tätigkeit, für ihre Entwicklung schöpfend.

Die bürgerlichen und die rechtssozialistischen Parteien begründen ihre gesamte Tätigkeit auf dem Belügen des Volkes. Auf dem Betrug der Volksmassen. Deshalb fürchten sie auch das Volk wie den Tod, deshalb wagen sie es auch nicht, mit ihrer Tätigkeit offen und ehrlich vor das Gesicht des Volkes zu treten. Es ist ganz logisch, dass sich die Kommunistischen Parteien nicht als revolutionäre Partei erhalten können, wenn sie eines der grundlegenden Prinzipien ihrer Existenz, die Kritik und Selbstkritik, in Vergessenheit geraten lassen oder verletzen, denn das würde bedeuten, dass sie ihre Verbindung mit den Massen zerreißen, d.h. die Partei zugrunde richten...”

(Aus: "Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie", Bukarest, 3. Februar 1950, Internationales Organ der Kommunistischen Parteien)

Abonnement

ROTER STERN

Entsprechend den derzeitigen Möglichkeiten ist die Redaktion bemüht, jährlich 3-4 Ausgaben herauszubringen. Wer ROTER STERN abonnieren möchte, kann das tun - bitte, überweist den Preis für 6 Ausgaben **10,- €** incl. Porto in Form von Bargeld an das

PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg
oder auf das Konto der **Commerzbank Marl,**
K-Nr. 613145200, BLZ 360 400 39,
Kennwort GEWISO

Sozialdarwinismus -

kein "Mißbrauch einer Idee", keine unzulässige Übertragung naturwissenschaftlicher Zusammenhänge auf die menschliche Gesellschaft, keine Marotte der Rassisten, sondern...

Daß viele Menschen tierisches Verhalten menschlich interpretieren, ist bekannt. Vögel singen "fröhlich" ihr Lied - diese Deutung ist zwar falsch, aber wohl harmlos. Anders ist das schon, wenn aus durchsichtigen Gründen das Verhalten bestimmter Menschengruppen in die Natur hineininterpretiert und dann als angebliches Naturgesetz "entdeckt" wird.

Etwas in dieser Art geisterte im August des vergangenen Jahres nicht nur durch den deutschen Blätterwald. Eine US-amerikanische Biologin hatte sieben miteinander verwandte, in der Tiefsee lebende Wurmarten untersucht und das Ergebnis ihrer Untersuchungen bzw. ihre Deutung veröffentlicht. Fazit: "Tiefseewürmer verteidigen sich mit grünen Leuchtbomben". Was steckt dahinter? Zumindest eine dieser sieben Arten besitzt hinter ihrem Kopf 8 Bläschen, die, wenn sie vom Körper abgetrennt sind, eine Zeit lang grün leuchten. Es steht wohl außer Zweifel, daß diese leuchtenden Bläschen für die Tiere eine Bedeutung haben - aber welche? Eine konkrete, wissenschaftlich fundierte Antwort auf diese Frage ist wegen der Schwierigkeiten, entsprechend Untersuchungen durchzuführen, derzeit nicht möglich - also ist man auf Vermutungen angewiesen. Da bieten sich mehrere Denkmöglichkeiten an: ein möglicher Angreifer könnte durch das plötzliche Aufleuchten in der absoluten Finsternis der Tiefsee erschreckt werden; ein möglicher Angreifer könnte aber auch durch die leuchtenden Bläschen abgelenkt werden und der bedrohte Wurm könnte derweil in der Finsternis entkommen; es könnte aber auch eine ganz andere Erklärung geben, z.B. daß sich die einzelnen Individuen dieser Art mit den Leuchtsignalen untereinander verständigen; oder die Leuchtbläschen haben eine Bedeutung, auf die wir noch gar nicht gekommen sind.

Wie dem auch sei: für die US-amerikanische Forscherin - die USA führen schließlich seit mehr als hundert Jahren einen Krieg nach dem anderen - war klar, daß diese Leuchtbläschen "Bomben" sind - sie gab der von ihr neubeschriebenen Tierart daher den wissenschaftlichen Namen *Swima bom-*

biviridis ("Schwimmer mit grünen Bomben"); entsprechend wurde dann auch in den Zeitungen berichtet. Eine in bürgerlichen Kreisen renommiert deutsche Tageszeitung schoß bei der Interpretation der "Bomben" den Vogel ab - ihr Artikel hatte den Tenor "Tiere der Tiefsee führen Krieg gegeneinander". Uns ist keine einzige Tierart bekannt, die gegen eine andere Tierart Krieg führt... Der jetzt gültige wissenschaftliche Name sagt weniger etwas über die Tierart aus als vielmehr etwas über die Ideologie der Namensgeberin.

Ähnlich, wie in diesem Beispiel geschildert, arbeiten und arbeiten die Sozialdarwinisten. Es mag zunächst erstaunen, aber der Sozialdarwinismus ist gewissermaßen älter als der Darwinismus. Seine Hauptbegründer waren im 19. Jahrhundert Thomas Robert Malthus und Herbert Spencer. Nachdem die wissenschaftliche Arbeit Darwins ihm zu Ehren als Darwinismus bezeichnet wurde, stülpte man den bereits existierenden bürgerlichen Auffassungen von Malthus, Spencer & Co den Namen "Sozialdarwinismus" über.

Das Wesentliche des Sozialdarwinismus läßt sich durch zwei Aussagen wiedergeben, die jedem bekannt sind: das ist zum einen der "Kampf ums Dasein" (Struggle for Life) und zum anderen das "Überleben des Stärkeren" (Survival of the Fittest). Für die Sozialdarwinisten stehen beide Aussagen in direktem Zusammenhang - im (angeblichen) Kampf ums Dasein überleben die Stärkeren. Malthus zog daraus die Schlußfolgerung, daß es den Naturgesetzen widerspreche, wenn schwächeren, hilflosen Individuen geholfen wird. Je größere Anstrengungen unternommen würden, mehr Nahrungsmittel für hungernde Menschen zur Verfügung zu stellen, um so mehr hungernde Menschen werde es geben, denn deren Zahl wachse angeblich exponential, die der Nahrungsmittelproduktion aber lineal, die Zahl der Hungernden wachse also schneller als die Menge der Nahrungsmittel. Spencer wird die Formulierung "Survival of the Fittest" zugeschrieben; er zog daraus eine Schlußfolgerung, die dann z.B. von den Nazis durch die "Vernichtung unwerten Lebens" politisch in die

Tat umgesetzt wurde.

Darwin übernahm bei der Beschreibung der von ihm untersuchten Evolutionsgesetzmäßigkeiten die beiden oben genannten Formulierungen - seine Forschungsergebnisse weisen aber in eine ganz andere Richtung. Es zeigte sich auch, daß beide Formulierungen in keinem direkten Zusammenhang stehen. Nach Auffassung der Sozialdarwinisten "kämpfen" die verschiedenen Pflanzen- oder Tierarten miteinander - dieser "Kampf" wird beendet, und zwar dadurch, daß die "stärkere" Art übrigbleibt, indem sie die "schwächere" Art vernichtet. Daraus ergibt sich logischerweise eine Abnahme der Artenzahl. Wie wir oben gesehen haben, kämpfen sie in der Tiefsee sogar mit grünen Leuchtbomben...

Darwins Untersuchungen wiesen jedoch in eine ganz andere Richtung: Der "Kampf" zwischen den Arten (heute sprechen die Naturwissenschaftler nicht von Kampf, sondern von Konkurrenz) wird zwar ebenfalls beendet, aber nicht durch das Aussterben einer Art, sondern dadurch, daß die am "Kampf" beteiligten Arten einander aus dem Wege gehen - z.B. dadurch, daß die eine Art hier lebt und die andere Art dort, die eine Art während des Tages aktiv ist, die andere dagegen in der Nacht usw. Das Ergebnis: beide Arten überleben. Die Konkurrenz der Individuen einer Art untereinander führt ebenfalls dazu, daß sie sich aus dem Wege gehen. sich dadurch auf ein größeres Gebiet verteilen und so voneinander getrennte Populationen bilden; das wiederum führt bei unterschiedlich auftretenden Veränderungen des Erbgutes durch Mutationen zur Bildung neuer Arten.

Das Ergebnis des von Darwin aufgezeigten Prozesses ist, daß die Naturwissenschaftler heute etwa 1,3 Millionen verschiedene Tierarten kennen und mehrere hunderttausend verschiedene Pflanzenarten; ein weiteres Ergebnis ist, daß es überall auf der Erde Leben gibt, auch unter so lebensfeindlichen Bedingungen wie denen der Wüste, der Polargebiete oder der Tiefsee.

Die Sozialdarwinisten erklären durch den "Kampf ums Dasein" die angebliche Ausrottung einer Art durch eine andere, der "Stärkere" überlebt und der "Schwächere" wird ausgeremert. Hiernach müßte die Zahl der auf der Erde existierenden Arten sich ständig verringern - doch das Gegenteil ist der Fall, der "Kampf", die Konkurrenz führt nicht zur Vernichtung, sondern zur Entfaltung von Lebensformen. Uns ist kein Beispiel bekannt dafür, daß

unter natürlichen Bedingungen - also ohne den Eingriff des Menschen - eine Art eine andere ausgerottet hätte.

Das "Survival of the Fittest" interpretierte Darwin übrigens ganz anders, nämlich als das "Überleben des **Fähigsten**"; und er bezog es auch nicht auf den "Kampf" zwischen verschiedenen Arten, sondern hauptsächlich auf die Individuen einer Art. Hier geht es um folgende Tatsache:

Jede Art - gleichgültig, ob Pflanze oder Tier inclusive Mensch - erzeugt mehr Nachkommen, als dann tatsächlich erwachsen werden. Gehen wir von gleichbleibenden Umweltbedingungen aus, so werden von den z.B. von einem Tierpaar gezeugten Nachkommen durchschnittlich zwei erwachsen werden und selbst Nachkommen zeugen; wären es durchschnittlich mehr als zwei, so würde die Population bald zu groß werden; wären es durchschnittlich weniger als zwei, so würde die Population allmählich aussterben.

Nehmen wir einmal an, ein Pärchen erzeugt zehn Nachkommen - dann würden davon durchschnittlich zwei übrig bleiben. Welche? Und warum gerade die beiden?

Für die Sozialdarwinisten ist die Antwort klar: die zehn Jungtiere kämpfen miteinander und schlachten sich gegenseitig ab, bis nur noch zwei übrig sind, und das sind natürlich die "Stärksten", die dann dadurch, daß sie sich gegen die anderen durchgesetzt haben, ihre Daseinsberechtigung und die notwendige Ausrottung der anderen bewiesen haben; das Ganze wird dann noch als Motor der Höherentwicklung der Art dargestellt, woraus sich ergibt, daß Jemand, der die "Schwächeren" unterstützt, den "Naturgesetzen" zuwider handelt...

Welche Erklärung könnte es noch geben dafür, daß gerade die beiden Tiere übriggeblieben sind? Manch einer wird vielleicht sagen "Zufall" - doch Darwin hat eine andere Erklärung gegeben. Ein Teil des Nachwuchses kommt durch Krankheiten um, durch Naturkatastrophen, ein anderer wird von Raubtieren gefressen usw. - übrig bleiben im allgemeinen die beiden unter den gegebenen Bedingungen **Fähigsten**, die beiden Besten. Das sind möglicherweise diejenigen, die die beste Tarnfarbe haben, am schnellsten laufen können, eine Wasserquelle eher riechen als andere, das sind vielleicht auch mal die körperlich stärksten..., da gibt es unzählige Möglichkeiten.

Zu den positiven Fähigkeiten gehört sicherlich das soziale Verhalten - eine Gruppe, in der der eine

Teil der Mitglieder auf Kosten des anderen lebt, hat sicherlich nicht die beste ("the fittest") Sozialstruktur...

Diese Überlegungen können von Sozialdarwinisten noch akzeptiert werden; sie ziehen allerdings daraus den Schluß, es laufe den Gesetzmäßigkeiten der Natur zuwider, zumindest beim Menschen verständige man sich am Willen des ewigen Schöpfers, wenn man (angeblich) niedere Rassen aus humanitärer Gefühlsduselei wie die Intelligenzrassen gleich behandle - so drückte es Hitler in "Mein Kampf" aus.

Nun, auch beim Menschen ist es so, daß ein Teil der neugeborenen Kinder stirbt - das aber ist keineswegs die "natürliche Zuchtwahl" Darwins; Mediziner tun Einiges, um die Kindersterblichkeit zu verringern - sie handeln damit keineswegs "dem ewigen Schöpfer" oder dem "Willen der Natur zur Höherentwicklung" entgegen, sondern handeln entsprechend den spezifischen Merkmalen der Art Mensch. Er ist die einzige Tierart, die - wie es die Naturwissenschaftler nennen - *evolutionsaktiv* ist; d.h. der Mensch greift als einzige Tierart aktiv und gezielt in den Verlauf der Evolution ein - alle anderen Tierarten sind da nur passiv beteiligt. Der Mensch tut das seit dem Übergang vom Jäger-und-Sammler-Stadium zu dem des Ackerbauern und Viehzüchters; er ist natürlich - das meinen wir wörtlich - dazu in der Lage, seine Umwelt so zugestalten, daß nicht nur durchschnittlich zwei der neugeborenen Kinder jeder Familie überleben; tut er dies, so handelt er nicht gegen die Natur, sondern entspricht ihr.

Darwin ging von der richtigen, damals allerdings wissenschaftlich noch nicht bewiesenen Tatsache aus, daß - abgesehen von eineiigen Geschwistern - alle Individuen sich in ihren genetischen Fähigkeiten voneinander unterscheiden.

Bei Darwin und den auf seinen Erkenntnissen aufbauenden Wissenschaftlern führt der "Kampf", richtiger die Konkurrenz der Arten und auch der Individuen einer Art untereinander nicht zur Ausrottung einer Art durch eine andere, was ja eine Abnahme der Artenzahl zur Folge hätte, sondern zur Artenvielfalt - die auf ihn fußende Wissenschaft wird ja auch als Evolution, d.h. als **Entwicklung** oder Entfaltung bezeichnet.

Trotzdem kommen die Vorstellungen der Sozialdarwinisten nicht von ungefähr. Sie entstanden nach dem Auftauchen des Kapitalismus als Gesellschaftssystem - und das ist kein Zufall. Sehen

wir uns einmal an, wie die kapitalistische Wirtschaft funktioniert: die verschiedenen Betriebe eines Produktionszweiges machen einander Konkurrenz, sie kämpfen um Marktanteile, sie "kämpfen ums Dasein". Wer überlebt in diesem Kampf? Nun, die Antwort ist klar: der wirtschaftlich Stärkere (oder moralisch Skrupellosere). Die Zahl der Betriebe wird dadurch immer kleiner, bis schließlich nur noch ein Monopol übrigbleibt.

Damit zeigt sich das eigentliche Wesen des Sozialdarwinismus: er ist nichts anderes als **eine biologische Beschreibung des Kapitalismus**. Entsprechend motivierte (und sicherlich auch entsprechend entlohnte) "Wissenschaftler", "Philosophen" usw. projizieren die Funktionsweise des kapitalistischen Gesellschaftssystems in die Natur, "entdecken" sie dann als angebliches Naturgesetz und versuchen so, das mörderische System des Kapitalismus als natürlich und sozialistische bzw. kommunistische Vorstellungen als widernatürlich zu beweisen. Mit alldem hatte Darwin, hat der Darwinismus allerdings nichts zu tun. Den Sozialdarwinisten wird manchmal vorgehalten, ihr Fehler sei, den Darwinismus auf die menschliche Gesellschaft übertragen zu haben. Das trifft es unserer Meinung nach nicht, denn die Naturgesetze, die Gesetze der Biologie gelten natürlich auch für den Menschen. Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus widersprechen einander nicht, sondern sie bestätigen sich gegenseitig. Marx und Engels haben die von Darwin begründete Wissenschaft ausdrücklich begrüßt und sich in ihren Erkenntnissen dadurch auch naturwissenschaftlich bestätigt gesehen - ihre Auffassungen sind unter dem Sammeltitle "Dialektik der Natur" in Band 20 der MEW zusammengestellt. Sozialdarwinistische Gedanken sind auch nicht nur bei Faschisten oder Rassisten verbreitet. Den Sozialdarwinisten ist etwas anderes vorzuwerfen: sie versuchen, mit der bürgerlichen Ideologie, der Ideologie der Ausbeuterklasse, die Natur zu vergewaltigen; sie rechtfertigen damit das Führen von Kriegen, die Ausrottung bzw. Unterdrückung bestimmter "minderwertiger Rassen", sehen es als "natürliche Auslese" an, wenn Seuchen große Teile der Menschheit hinwegraffen. So wird die absolut tödliche, von US-Biowaffen-Forschern entwickelte AIDS-Seuche z.B. als eine Möglichkeit angesehen, mit der "die Natur" der "Bevölkerungsexplosion" entgegenwirke...

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede **Einzel-CD** kostets **5 €**, jede **Doppel-CD** **8 €**, die DVD "Aus dem Alltag im sozialistischen Albanien" **3 €**, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

* **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin**

Reden von Ernst Aust auf CD:

(Privatmitschnitte mit Klangmängeln)

* = neu im Angebot

1976: **Rede auf dem 3. Parteitag der KPD/ML**

1979: **"Sozialismus in der Krise?"**

1979: **Von Stalin lernen heißt siegen lernen (Doppel-CD)**

1980: **Zum Antikriegstag ***

1981: **Deutschland darf kein Schlachtfeld werden (Friedensplan der KPD/ML, Doppel-CD) ***

1982: **Das wahre Gesicht des realen Sozialismus ***

1982: **Gegen Sozialabbau und Rüstungswahn (zum 1. Mai) ***

1982: **15 Jahre Roter Morgen**

Preis: **5 €**, Doppel-CD **8 €**

Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:

* **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin

* **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
Sozialistische Albanische Hefte 1/2004, 2/2006, 3/2009

Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)

Aktuell: Zionismus - Todfeind der Völker

Aktuell: Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution
Kampf für die Befreiung der Frau

Bestellungen bitte an:

H. Polifka, Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

Bankverbindung: **Commerzbank Marl, K-Nr.: 613145200**

BLZ 360 400 39, Kennwort GEWISO

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin (Broschüre, 3 €)

Neu: 1968-2008 - 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD Preis: **4 €** incl. Porto

Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus gegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften. Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren. Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)